

Die ⁵⁸⁹⁴ oberschlesische Tragödie

Kritische Beiträge zu Deutschlands Kampf
um Oberschlesien.



Verlag der „Breslauer Neuesten Nachrichten“.

84 65/66

141949 SL 7154a1

1982

93 Silesia



53095

Ref. Cym.

22-6-66 [3. u]



Vielfach geäußerten Wünschen folgend, sind eine Reihe in den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ erschienene Artikel über den deutsch-polnischen Kampf um Oberschlesien zu der vorliegenden Broschüre zusammengefaßt worden. Sie sind weder die von vielen mit Spannung erwarteten „Enthüllungen“ gewisser Vorkommnisse während der Abstimmungspropaganda, noch Angriffe auf Regierungsstellen oder oberschlesische Führer, gegen die wegen des verhängnisvollen Ausganges der Abstimmung eine höchst überflüssige „Schuldigsuche“ hier und da anzuhängen beginnt. Denn was hätte es für Zweck, unser nationales Unglück noch durch das Aufwühlen allerhand trüber Gewässer zu vergrößern? Die Artikel stellen lediglich den Versuch einer kritischen Geschichtsschreibung dar, die bemüht ist, die großen politischen und propagandistischen Gesichtspunkte herauszuarbeiten und im Rahmen der Gesamt-ereignisse zu werten. Allerdings kann von einer erschöpfenden Behandlung der Materie innerhalb des durch die Bedürfnisse der Tagesjournalistik begrenzten Rahmens nicht die Rede sein. Wenn trotzdem die Kritik einzelnen Vorkommnissen gegenüber mit Entschiedenheit betont wurde, geschah dies mit Rücksicht darauf, daß der Kampf um Oberschlesien mit der neuen Grenzfestsetzung nicht erledigt ist, schon um derwillen nicht, weil die polnischen Wünsche viel weiter in schlesisches Land hineingreifen. Es gilt daher auf der Hut zu sein, mit klarem Blick das Wesentliche zukünftig zu erkennen und begangene Fehler zu vermeiden. Und so soll denn die Broschüre gewissermaßen ein Fanal sein, das Schlesien und das ganze Reich zur Wachsamkeit aufscheucht.

Breslau, im Januar 1922.

THE HISTORY OF THE
CITY OF BOSTON
FROM THE FIRST SETTLEMENT
TO THE PRESENT TIME
BY
JOHN H. COLEMAN
OF THE
CITY OF BOSTON
PUBLISHED BY
J. B. LEECH, JR.
1888

THE HISTORY OF THE
CITY OF BOSTON

Die Vorgeschichte.

In den schlesischen Landen, soweit sie nicht unter dem Druck fremder Besatzungen standen, hat man am 22. Oktober 1921, dem Tage des Genfer Völkerbundsentscheids, die Fahnen halbmast gesetzt. Der Vorhang war über den ersten Akt der obererschlesischen Tragödie niedergegangen. Was weitschauende Politiker gefürchtet hatten, war eingetreten: Tief war das Seziersmesser auf Deutschlands Schwächung sinnender Gegner in das lebendige Fleisch des deutschen Volkskörpers eingedrungen und hatte lebenswichtige Teile losgetrennt. Ob jemals Volk und Reich nach diesem Eingriff gefunden können, ist eine heute noch nicht zu beantwortende Schicksalsfrage.

Um die Bedeutung der obererschlesischen Vorgänge richtig zu werten, muß sich das deutsche Volk stets vor Augen halten, daß die Geburtsstunde der großpolnischen Bewegung in Oberschlesien in das Jahr 1888 fällt. Mag Briand von einer zweihundertjährigen Trennung vom „gemeinsamen polnischen Vaterlande“ reden, mögen deutsche Gelehrte und Propagandisten mehr oder minder tiefgründige Untersuchungen über Geschichte, Kultur und Wirtschaft des Landes anstellen, nichts kommt der Tatsache an Bedeutung gleich, daß vor dreiunddreißig Jahren kein einziger Oberschlesier deutscher oder polnischer Zunge auch nur den Gedanken hegte, vom deutschen und preußischen Vaterlande und der schlesischen Heimat fortzustreben. Dieses lehrte dem obererschlesischen Volke ein einziger Mann, der 1888 aus Posen in Königshütte einwanderte und der noch heute in Oppeln im Dienste Polens wirkt: Bronislaw Koraszewsky. Ihm gesellten sich im gleichen Jahre Adam Napieralski und im Jahre 1902 der Abstimmungskommissar und Insurgentenführer Albert Korsantj zu, alle drei Männer der Feder und praktische Journalisten.

Sechs weitere Jahre genügten, um die polnische Bewegung in Oberschlesien derart erstarken zu lassen, daß Korsantj einen scharfen Trennungstrich zwischen sich und dem deutschen Katholizismus ziehen und die national-polnische Partei im deutschen Reichstag und preußischen Landtag gründen konnte. Anderswo hätten Regierung und Volk aufgehört. In Preußen-Deutschland begnügte man sich, die Tatsache zu registrieren, die Schwärmer zu belächeln, die Ostmarkenzulage mehr als bisher in Anspruch zu nehmen und im übrigen die Schlafmütze noch fester über die

Ohren zu ziehen. Erst im Jahre 1912 erwachte man für Tage und Wochen, als es der stärksten antideutschen Gründung, der „Polnischen Berufsvereinigung“ erstmalig gelang, einen auf nationaler Grundlage beruhenden, in seiner Größe in Oberschlesien bis dahin nie gekannten Streik anzuzetteln und rund hunderttausend Menschen hinter sich zu bringen. Aber der Streik brach zusammen und damit die Wachsamkeit.

Die geschickte Propaganda Koraszewskys und seiner Helfer vermied es, den Deutschen allzu belastendes Material in die Hände zu geben. Die auf das Bestreben der aus Galizien und Posen eingewanderten Großpolen gegründeten Sokol-, Gesangs-, Mütter- und ähnlichen Vereine betonten öffentlich ihre Reichstreue und verfolgten scheinbar nur kulturelle Ziele. Ihre Entwicklung wurde nirgends ernstlich gehindert. Im Gegenteil. Namentlich die Großindustrie pflegte mit einer gewissen Absichtlichkeit das polnische Element und verteidigte es dem preußischen Beamtentum gegenüber. Der auf niedriger Kulturstufe stehende, leicht zu beeinflussende polnische Arbeiter war bequemer als der in den christlichen oder freien Gewerkschaften organisierte Deutsche zu leiten und auch bedürfnislos. Der Pole fühlte sich wohl unter dem patriarchalischen System, der Deutsche verlangte Rechte.

Aus dieser Feststellung darf aber nicht der Vorwurf abgeleitet werden, daß sich die Großindustrie deutsch- oder kulturfeindlich betätigt habe. Es ist ihr unbefristetes Verdienst, dem ober-schlesischen Arbeiter polnischer Zunge überhaupt erst zu einem menschenwürdigen Dasein verholfen zu haben. Im Bewußtsein ihrer Kraft sah sie in der polnischen Zusammenschlußbewegung — ebenso wie die Regierung — überhaupt keine Gefahr. Sie übersah, daß gerade die Kultur, die dem polnisch sprechenden Volksteil vermittelt wurde, ihn erst für die Aufnahme der großpolnischen Idee befähigte. Bei dem eigenartigen Charakter des Slawen war das System falsch. Man durfte ihm nicht deutsche Kulturforderungen vermitteln, ohne ihn zielbewußt zum Deutschtum zu erziehen. Das ist entgegen aller polnischen Behauptungen leider niemals geschehen.

An Stelle einer großzügigen Germanisierung, die das auf einer weit zurückliegenden Entwicklungsstufe stehen gebliebene und daher äußeren Einflüssen besonders leicht unterworfenen Volk zu vollwertigen deutschen Staatsbürgern erzogen hätte, setzte ein vielfach ungeschickt zusammengesetztes Beamtentum eine verbitternde Nadelstichpolitik, die den größten Fehler beging, der überhaupt begangen werden konnte, indem sie polnisch und katholisch identifizierte. Dadurch wurde ein Teil der ober-schlesischen Geistlichkeit mit in das Lager Korasantys getrieben und bildete dort die Säulen der antipreußischen Bewegung, die gleichzeitig zur antideutschen wurde. Jedenfalls steht fest, daß deutsche Unachtsamkeit, deutsches Ungeschick und deutsche Ueberhebung die wirksamsten Bundesgenossen der großpolnischen Agitatoren jederzeit waren.

In unermüdlicher, in ihrer Art vorbildlichen Arbeit bauten Koraszewski und seine Helfer Stein um Stein zu dem national-polnischen Gebäude; Mißerfolge schreckten sie nicht. Meisterlich verstanden sie es, unter der Oberfläche zu wühlen und die deutsche Autorität zu untergraben. Die polnische Veranlagung zum Konspirieren bot ihnen wertvolle Hilfe. Und die Deutschen ließen sich täuschen. Diesseits der Grenze sahen sie ein scheinbar zufriedenes, mehr oder minder stumpf dahinlebendes Volk, das dankbar die deutsche Hand küßte. Es erwachte, wenn es in hellen Scharen an den nationalen Feiertagen nach Krakau, der großpolnischen Hochburg, zog. Dann war es mit der Untermwürfigkeit zu Ende, dann sprühten Tausende von Augen Deutschenhaß und sangen Zehntausende von Lippen inbrünstig: „Noch ist Polen nicht verloren!“ Opferwilligkeit in persönlicher und finanzieller Beziehung zeichnete überdies die nationalpolnische Bewegung in besonderem Maße aus.

Als genaue Kenner der obererschlesischen Volksseele legten die großpolnischen Führer zunächst nicht das Schwergewicht auf den polnischen Staatsgedanken, mit dem der einfache Sohn der schwarzen Erde nicht viel anzufangen mußte, sondern gaben der Bewegung einen religiösen Schwung. Die schwarze Mutter Gottes zu Jasna Góra wurde zum Symbol des großpolnischen Gedankens. Auch die im Laufe der Jahre geschaffene polnische Presse, die teilweise im obererschlesischen Idiom geschrieben wurde und den Spott des Hochpolentums dadurch herausforderte, betonte stark den religiösen Grundton.

Bis zum Jahre 1912 lag das Endziel der großpolnischen Bewegung überall in nebelhafter Ferne, auch und vor allem in Oberschlesien. Der Balkankrieg, der die Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen im nahen Osten zum erstenmal heraufbeschwor, bedeutete den Wendepunkt. Die nicht ungeschickt kombinierenden, in die Geheimnisse der europäischen Diplomatie gut eingeweihten und vor allem in ihrem Wollen einigen polnischen Führer stellten ihre Politik so ein, daß sie bei einem Waffengange der drei Kaiserreiche unbedingt auf ihre Kosten kommen mußten. Wir wissen heute, daß in Petersburg, Wien und Berlin nahezu gleichlautende Versprechen gegeben wurden, die für die vorrückenden Heere sehr wertvoll waren. Zugleich wurde aber auch die Kleinarbeit in den für Polen beanspruchten Gebieten mit Hochdruck betrieben, besonders in Posen und Oberschlesien. Dem sachlichen Beurteiler nötigt die meisterliche Art, in der es den Führern gelang, die Masse in die Hand zu bekommen, ohne ihr die wahren Absichten zu verraten und den deutschen Behörden gegenüber die Maske der Loyalität zu wahren, trotz aller moralischen Verkommenheit, die ein solches Verhalten in sich schließt, eine gewisse Anerkennung ab.

Der Beginn des Weltkrieges setzte die großpolnische Bewegung fest in den Sattel. Korzantyn war bereits damals der kommende Mann und infolge seiner mit Energie gepaarten Schlaueit der

vorherbestimmte Führer. Er hütete sich, seine Sache durch zu frühes Vesschlagen zu gefährden. Ohne zu zaudern, ließ er seine Massen mit gegen Frankreich und gegen Rußland, ja gegen die eigenen Stammesgenossen marschieren, obwohl zwischen Krakau, Warschau, Posen und Beuthen schon damals Ideengemeinschaft bestand. Man wartete, auf welche Seite die Würfel des Kriegsglücks rollen würden, man hatte gelernt, zu schweigen, zu beobachten und nichts zu überstürzen.

Wir wissen heute, daß bereits im Frühjahr 1915 die polnische Intelligenz in Posen und Oberschlesien in geheimen Zusammenkünften Aufstandspläne für alle Fälle schmiedete, wissen, daß sogar in Breslau polnische Klubs bestanden, die warben und sammelten und spionierten. Schon damals bestand über die Schweiz und Oesterreich ein gut arbeitender Kurierdienst zwischen der großpolnischen Zentrale in Paris und den einzelnen Brennpunkten der Bewegung. Und es ist heute kein Geheimnis, daß die polnischen Führer über die Vorgänge an den Fronten und die fortschreitende Ermattung Deutschlands infolge der feindlichen Maßnahmen viel besser unterrichtet waren, als die meisten deutschen amtlichen Stellen.

Bereits der 5. November 1916 sah das Großpolentum als Sieger. Die Mittelmächte proklamierten das polnische Königreich, welchem Akt eine entsprechende russische Erklärung für den Fall der Wiedereroberung Polens folgte. Wir erblickten darin das Eingeständnis der russischen Schwäche. In Wirklichkeit waren all diese Handlungen Erfolge der gerissenen polnischen Hintertreppenspolitik. Korsanty — wir wollen dies nicht vergessen — ging beim deutschen Generalgouvernement in Warschau als Vertrauensmann ein und aus und die unglückseligen deutschen Militärpolitiker vertrauten ihm aufs Wort. Warnende Stimmen wurden damals ebenso verlacht, wie man in Deutschland heute alle wahren Kenner der polnischen Propaganda belächelt, die die Meinung vertraten, daß dem ersten Akt der obereschlesischen Tragödie ein zweiter und dritter folgen wird, der entweder mit Polens Zusammenbruch oder mit dem Verlust Schlesiens bis zur Oderlinie endet.

Die Kriegsnot und die verfehlte Wirtschaftspolitik Deutschlands während des Krieges hatten die geheime polnische Propaganda in Oberschlesien ungeheuer gestärkt. Die Heeresverwaltung zahlte dem deutschen Unternehmertum riesengewinne, ohne sie durch Steuern — wie dies England durchführte — sofort wieder für die Reichskasse einzuziehen. Unter Spekulation auf die niedrigsten Instinkte stachelte nunmehr die polnische Propaganda die ihr zugängliche Bevölkerung auf und weckte ihre Begehrlichkeit. Trotz weitgehenden Entgegenkommens der Industrie verlor das Deutschtum in den gefährdeten Gebieten von Monat zu Monat mehr an Boden. Schieber- und Wuchertum vollbrachten ein Uebriges. Mit äußerstem Raffinement wurden alle Auswüchse der Kriegswirtschaft in die Schuhe der Deutschen geschoben. Damals schon begann die polnische Propaganda vor

den Augen des naiven Volkes das Bild vom „polnischen Paradies“ zu zeichnen. Und als im August 1918 die deutsche Front im Westen zusammenbrach und Deutschlands Niederlage offenkundig wurde, war die geheime Vorarbeit getan. Die Saat ging auf, für die dreißig Jahre lang der Boden vorbereitet worden war.

Die ersten Kämpfe.

Im September 1918, knapp vier Wochen nach der entscheidenden deutschen Niederlage an der Döse, liefen bei den zivilen und militärischen Behörden Breslaus die ersten Nachrichten aus Oberschlesien ein, daß aller Orten und Enden eine großpolnische Bewegung aufflame. Ihre Ziele waren zunächst noch in Dunkel gehüllt; scheinbar arbeiteten die geheimen Führer auf Sabotierung der Kriegsindustrie hin. Korfanty hatte den Angriffsbefehl gegeben. Das Generalkommando — als damalige Propagandastelle — beschloß sofort Gegenmaßnahmen. Wenn es auch — wie niemand in Schlesien — den Umfang der Gefahr nicht vollkommen erkannte, beschritt es doch den einzig richtigen Weg. Es kämpfte nicht lediglich mit staatlichen Mitteln an, die bei der Unkenntnis über die Ausdehnung der Bewegung und der Bruchigkeit der Staatsautorität versagen mußten, sondern beabsichtigte eine umfassende deutsche Propaganda einzuleiten. Es wurde mit den in Oberschlesien einflußreichen Kreisen, den Führern der Gewerkschaften aller Richtungen sowie den Vertretern der katholischen Kirche intensive Zusammenarbeit vereinbart. Ehe jedoch der Plan recht in die Tat umgesetzt werden konnte, erfolgte der Zusammenbruch der Front und kam der 9. November.

In Schlesien störte die revolutionäre Bewegung glücklicherweise die öffentliche Ordnung nicht in dem Maße wie anderswo. Wäre es zu Ereignissen wie in Berlin oder Kiel gekommen, hätte das Großpolentum ohne Zweifel ganz Oberschlesien im ersten Anlauf gewonnen. Die Massen kamen aber einerseits nicht so rasch in Fluß wie in Posen das leicht bewegliche Hochpolentum, anderseits hatten die neuen Männer, wie der jetzige Reichstagspräsident Löbe und der frühere Oberpräsident Philipp, durch ihre Mitarbeit bei den eingeleiteten Gegenmaßnahmen Kenntnis von der tagtäglich wachsenden Gefahr, die Schlesien ans Leben wollte. Bereits an den letzten Novembertagen beschloß der Zentralvolksrat in Breslau, der bekanntlich zu einem Drittel aus bürgerlichen Vertretern aus allen Lagern bestand, den Kampf gegen den großpolnischen Aufruhr und sicherte sich dazu, was von Einsicht und Unvoreingenommenheit zeugte, die Mitarbeit bereits erprobter Kräfte. Aber es waren kostbare Wochen vergangen. Korfanty hatte sie nicht ungenützt gelassen. Wie ein Waldbrand fraß die großpolnische Bewegung weiter, die offene Grenze ermöglichte den ungehinderten Zuzug neuer Scharen von

Agenten. Und bereits in den ersten Dezemberwochen überstürzten sich die Hilferufe aus deutschen Kreisen, die eine gewaltsame Lösung Oberschlesiens befürchteten. In diese Lage platzte der posenische Aufstand hinein. Er bildete für Mittelschlesien und Breslau eine derartige Bedrohung, daß selbst Volksrat und Soldatenrat die Bevölkerung zu den Waffen riefen.

Auch für Oberschlesien wurde dringend militärischer Schutz beim Großen Hauptquartier verlangt. Es sandte schon vor dem Waffenstillstand, was es an schlesischen Truppen zur Hand hatte. Nervosität scheint damals aber auch in Kreuznach geherrscht zu haben. Denn die eintreffenden Formationen bestanden zum überwiegenden Teil aus polnisch gesinnten Oberschlesiern, die in Preußen auseinanderliefen und die Waffen mit nach Hause nahmen. Inzwischen waren in Berlin die ersten Spartakistenputsche blutig niedergeschlagen worden. In hellen Scharen strömten die Flüchtlinge aus der Reichshauptstadt in das obererschlesische Industriegebiet. Man war zunächst machtlos dagegen. Es bestand sogar der Plan, bei Sagan die Schienen aufzureißen und Befestigungen anzulegen, um den Zuzug zu hindern. Es läßt sich auch heute noch nicht mit aller Sicherheit nachweisen, ob Korjanty schon damals bolschewistische Elemente vor seinen Wagen spannte. Jedenfalls richteten sich beide Bewegungen gegen die deutschgesinnte Bevölkerung, insbesondere gegen Unternehmer und Beamte. Verbrechen gegen Leben und Eigentum waren an der Tagesordnung. Die Industrie stand vor dem Stillstand. Zum erstenmal fühlte Oberschlesien den später so berüchtigt gewordenen polnischen Terror. Es war eine entsetzliche Situation.

Die Oberschlesier hatten inzwischen selbst den geistigen Kampf aufgenommen und in Oppeln, die „Freie Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens“, die Vorgängerin der späteren „Heimatreuen Verbände“, geschaffen. Die Breslauer Propagandastellen arbeiteten mit ihr Hand in Hand. Aber die Geldmittel flossen geradezu lächerlich spärlich, gemessen an den späteren Kosten. Und außerdem setzte um diese Zeit die Ära der unglücklichen politischen Maßnahmen hinsichtlich Oberschlesiens ein, die auch heute noch nicht zuende ist und die uns den Verlust des wertvollsten Teiles Oberschlesiens gebracht hat. Politisches und propagandistisches Dilettantentum, die echt deutsche Unterschätzung des Gegners, völlige Weltfremdheit in außenpolitischen Fragen und leider ein oft an Vandalenverrat grenzender Ehrgeiz politischer Streber waren in der Hauptsache die Faktoren, die dem Vernichtungswillen der unter sich längst einigen Gegner Deutschlands in die Hände arbeiteten. Diese Erscheinungen ziehen sich wie ein blutroter Faden durch die obererschlesische Tragödie.

Am 30. Dezember 1918 fand im Breslauer Rathaus die erste große Besprechung über die obererschlesischen Fragen in Anwesenheit der führenden Männer aller politischen und gewerkschaftlichen Richtungen und des Volksbeauftragten Dr. Landsberg sowie des preußischen Ministerpräsidenten Hirsch statt. In ihrem Verlauf

erschien der Vandrät und spätere Leiter der deutschen Abstimmungspropaganda Dr. Lukaszek mit dem Generaldirektor eines ober-schlesischen Werkes sowie dem Kaplan Reginek, der später in das großpolnische Lager überwechselte. Diese Deputation erblickte die einzige Rettung Oberschlesiens in der Gewährung einer weitgehenden Autonomie, möglichst in der Schaffung eines neutralen Staates Oberschlesien. Der eine Sprecher hatte bereits in Prag entsprechende Verhandlungen geführt. Mit erfreulicher Deutlichkeit wies Dr. Landsberg zwar darauf hin, daß ein solches Verfahren sehr nahe an Landesverrat streife und daß sich das Reich auf diese Weise nicht einen Schritt Bodens nehmen lassen werde. Aber die Versammlung stand doch unter dem Eindruck der geschilderten Vorgänge, so daß die sogenannten „Breslauer Thesen“ zur Annahme gelangten, die Oberschlesien ein gewisses Selbstverwaltungsrecht zugestanden. Vom Friedensvertrag und von der Abstimmung hatte damals noch niemand eine Ahnung. Nur Wilson hatte seine Theorie vom Selbstbestimmungsrecht der Völker in die öffentliche Debatte geworfen. Wer heute Rückschau hält, dem fällt es zum mindesten auf, mit welchem Eifer gewisse ober-schlesische Kreise schon damals den Wilsonschen Spuren folgten!

In Oberschlesien ging es inzwischen drunter und drüber. Auf der einen Seite begann der energische, überlegene Korfanty sein Werk, auf der anderen trieben die Spartakisten Oberschlesien an den Rand des Abgrundes. Trotzdem fand sich das Deutschland nicht in Liebe zu Heimat und Vaterland zusammen! Neben denen, die dem Reiche mit Gefahr ihres Lebens die Treue hielten, gewann die Schaar der Abtrünnigen ständig an Boden. Das Schlagwort „Oberschlesien den Oberschlesiern“ verwirrte die Köpfe. Hinter ihm standen sehr einflußreiche Kräfte, die in späterer Zeit ein seltsames Doppelspiel trieben. Sie haben heute nur halb gewonnen. Oberschlesien wird kein „Belgien des Ostens“, in dem der Oberschlesier als Herr im Hause schaltet. Aber Deutschland ist trotzdem ruiniert, weil von vornherein seine Verteidigung infolge des Zwiespalts der deutschen Bevölkerung gegenüber der großpolnischen, von Korfanty rücksichtslos geführten Propaganda eine aussichtslose Sache bildete. Die Geschichte wird hier zur Richterin werden! Allerdings versagten auch Reichs- und Staatsregierung. Nachdem sie einmal die Breslauer Beschlüsse sanktioniert und Oberschlesien gewisse Rechte versprochen hatten, mußten sie unbedingt ihren Worten die Tat folgen lassen. Aber was die eine Hand gab, nahm die andere. Monate vergingen, ehe auch nur ein Teil der Versprechen eingelöst wurde. Das war selbstverständlich Wasser auf die Mühlen Korfantys wie der Autonomisten.

Bereits Mitte Januar drängten die Verhältnisse zur Katastrophe. Da erschien eines Abends Otto Hörjüng in Breslau. Er war auf Betreiben des Zentralvolksrates vom Breslauer Generalkommando in einer aus Rumänien über Südpolen heraufstutenden Division ausgekundschaftet worden, nach Berlin gereist und kam von dort mit den Vollmachten als außerordentlicher

preussischer Staatskommissar zurück. Noch in der Nacht fuhr Hörning nach Rattowitz. Seine erste Sorge war, zuverlässige Truppen nach Oberschlesien zu ziehen, unter denen sich später die Warburger Jäger besonders auszeichneten. Mit harter Hand schuf Hörning binnen wenigen Wochen äußere Ruhe. Der Belagerungszustand wurde verhängt und rücksichtslos gegen das politische Verbrechen durchgegriffen. Aber dem Großpolentum konnte das Handwerk nicht mehr gelegt werden. Die bolschewistische Streifbewegung, die Korianty getreulich schürte, absorbierte die Hauptkraft des Kommissars. Geldmangel lähmte jede weitergehende Tätigkeit. Es ist Tatsache — so unglaublich dies auch klingt —, daß der deutsche Abwehrleiter wochenlang ohne die nötigsten Bureauelder arbeiten mußte, während Koriantys Kassen die ersten französischen Millionen zu füllen begannen. Hierzu kam bald eine in Erscheinung tretende Rivalität zwischen dem Staatskommissar und dem Breslauer Volksrat, der seine eigenen Kommissare nach Oberschlesien schickte und dabei nicht immer eine glückliche Hand zeigte. Die eigentliche Propaganda lag damals fast ausschließlich in den Händen der „Freien Vereinigung“ und der mit ihr arbeitenden Breslauer Stelle. Daneben aber begannen allerhand wilde Stellen — vor allem in Berlin — den berufenen Kennern der obereschlesischen Verhältnisse ins Handwerk zu pfuschen und den Wirrwarr zu erhöhen, während gleichzeitig sich das erste Eingreifen der Entente in das obereschlesische Schicksal ankündigte.

Die Entente auf dem Plan.

Im Kampf um Oberschlesien lag das Schwergewicht jederzeit im wirtschaftlichen Moment. Auch in Zukunft wird dies so bleiben. Das Steinkohlengebiet, von dem Oberschlesien einen Teil bildet, ist das größte bekannte Kohlenlager der Erde. An seinen Schätzen war Deutschland bisher mit 53 Prozent, das alte Oesterreich-Ungarn mit 39 Prozent, das frühere Russisch-Polen mit 8 Prozent beteiligt. Der deutsche Anteil an abbauwürdiger Steinkohle beziffert sich allein auf 160 Milliarden Tonnen. Es liegt auf der Hand, daß derjenige Staat, der diese ungeheuren Reichtümer in die Hand bekommt, eine wirtschaftliche Macht ersten Ranges werden muß und in der Lage ist, die europäische industrielle Produktion maßgebend zu beeinflussen. Es ist nicht zuviel zu behaupten, wenn man sagt, daß vor dem Kriege Europa von den schwarzen Schätzen im oberen Weichselgebiet wenig oder gar keine Begriffe hatte. Lediglich Frankreich besaß einige Kenntnis davon. Das im ehemaligen Kongreßpolen gelegene Dombrowaer Gebiet befand sich schon vor dem Kriege zum größten Teil unter dem Einfluß französischen Kapitals. Und auch in Galizien waren französische Gesellschaften bei der Ausbeutung der Steinkohlen und Erdöl-Industrie beteiligt. In sehr geschickter Weise hatte nun Polen in Paris mit

gejäßchten und mit einseitig orientierten deutschen Karten seine Ansprüche auf das gesamte Steinkohlengebiet begründet. Es rückten dabei naturgemäß ethnographische Gesichtspunkte in den Vordergrund und verschwiegen die wirtschaftlichen Werte, die ihm in die Hände fallen mußten. Frankreich gegenüber war dies zwar nicht möglich. Doch Frankreich rechnete ja auch von Anbeginn anders als Polen. Man wußte in Paris, daß dieses Steinkohlengebiet in polnischer Hand binnen kurzem rein französisches Ausbeutungsobjekt werden würde. Damit erreichte Frankreich zwei seiner Hauptziele; es entzog Deutschland die letzte „Rüstungsschmiede“ und gesellte zu seiner politischen Hegemonie zugleich die wirtschaftliche Vormachtstellung, in dem es zum Kohlenkontrollleur Europas wurde.

Es gelang Frankreich längere Zeit, auch England über seine wahren Pläne im nahen Osten zu täuschen. Der sicherste Beweis hierfür ist, daß es Frankreich glückte, noch im Herbst 1919 mit England einen Geheimvertrag abzuschließen, der Oberschlesien Frankreich als Ausbeutungsobjekt garantierte, während England sich die Kontrolle des Danziger Ausfuhrhandels vorbehielt. England glaubte vielleicht dadurch den Schlüssel zu Oberschlesien in der Hand zu behalten. Es vergaß aber, daß die Wasserstraße, die ein polnisches Oberschlesien mit dem Weltmeer verbindet, nicht die Weichsel, sondern die Oder bildet. Doch vorher schon wuchs Englands Interesse. Nach Inkrafttreten des Waffenstillstandes kamen unter dem Vorwande, die schlesischen Ernährungsverhältnisse studieren zu wollen, eine große Reihe englischer und amerikanischer Kommissionen ins Land. Sie dehnten ihre Reise nach Polen, Galizien und in das mährische Revier aus. Alle diese Kommissionen gestanden freimütig ein, bei ihrem Herkommen keine Ahnung von den wirklichen Verhältnissen und Werten Oberschlesiens besessen zu haben. Sie waren über die Fülle der hier vorhandenen Schätze und über die Bedeutung der riesigen Kohlenvorkommen für die Weltwirtschaft erstaunt. Zuerst scheinen dies in vollem Umfange die Amerikaner erkannt zu haben. Auf ihr Betreiben wurde in Mährisch-Ostrau eine interalliierte Kohlenkommission ins Leben gerufen, deren Vorsitzender der amerikanische Oberst Goodyear wurde. Und nun begann der stille aber zähe Kampf der Großmächte um den wirtschaftlichen Einfluß in Europa. Die Amerikaner protegierten sofort die Einrichtung eines Kohlenstaates, d. h. eines neutralen Staatsgebildes, das die Steinkohlengebiete Oberschlesiens, Kongreßpolens, Galiziens und Mährisch-Ostrau umfassen und damit über Kohlenvorkommen von mindestens 300 Milliarden Tonnen gebieten sollte. Die Amerikaner rechneten wohl, daß es ihrer übermächtigen Kapitalkraft im Handumdrehen gelingen werde, die gesamte Industrie unter ihren Einfluß zu bringen und dadurch diesen Staat zu einer amerikanischen Wirtschafts Kolonie in Anlehnung an das unter die wirtschaftliche Vormachtigkeit Amerikas gebrachte Rußlands zu machen.

Die Engländer und Franzosen durchschauten jedoch den Plan und bekämpften ihn. Ein jedes freilich aus anderen Beweggründen. England wußte sehr wohl, daß es mit der amerikanischen Kapitalkraft nicht konkurrieren könne, Frankreich aber sah sich, wenn der amerikanische Plan zur Wirklichkeit wurde, völlig ausgeschaltet. Jedenfalls verbündeten sich England und Frankreich zunächst, um Amerika auszuschalten.

Der vorerwähnte Geheimvertrag war das Mittel dazu. Clemenceaus Energie hatte es bekanntlich verstanden, in dem ersten Friedensvertragsentwurf die bedingungslose Abtretung des späteren obererschlesischen Abstimmungsgebietes an Polen durchzusetzen. Dies war zu einer Zeit, als Englands Kenntnisse vom Wert des Landes nur mangelhaft waren. Später änderte sich dies zwar, jedoch waren Englands Hände dann schon durch die französische Diplomatie gebunden. Als Wilson von dem Geheimvertrag erfuhr, zog er sich verstimmt von der Regelung der europäischen Ostfragen überhaupt zurück. Und so erklärt es sich, daß die im endgültigen Friedensvertrag vorgesehene Mitwirkung der Amerikaner bei der obererschlesischen und westpreussischen Abstimmung niemals zur Tatsache wurde. England und Frankreich hatten nun zwar Amerika gegenüber die Freiheit erlangt. Doch ihre Pläne gingen trotzdem sehr erheblich auseinander. Die englischen Kommissionen wurden immer zahlreicher. An ihrer Spitze standen nicht mehr Leutnants und Kapitäne, sondern Majore und Obersten, die in ihrem Privatleben sämtlich Großkaufleute und Industrielle waren. Ja später schickte Blond George sogar seinen Neffen, den Major Ottley, nach Oberschlesien. Die Engländer waren es, die alle von dem Staatskommissar Hörning und der „Freien Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens“ gegen die Ungeheuerlichkeit des ersten Friedensvertragsentwurfs geschickt eingeleiteten deutschen Protestaktionen nachdrücklich unterstützten. Und ihrem Einfluß ist es denn wohl auch zum großen Teile zu danken gewesen, wenn an Stelle des ursprünglichen Abtretungsdiktats der Abstimmungsmodus gesetzt wurde. Es kam England auf alle Fälle darauf an, Zeit zu gewinnen und den Bruch in der Entente zu verhindern, der unabsehbare Komplikationen nach sich ziehen mußte.

Der amerikanische Plan des Kohlenstaates wurde von England in veränderter Form aufgenommen. Zwar wußte die geschickte englische Diplomatie, daß eine Vereinigung des gesamten Kohlengebietes niemals gegen den Willen Amerikas durchgesetzt werden könnte. Sie beschränkte sich deshalb darauf, wenigstens das obererschlesische Kohlenrevier unabhängig von Polen und Deutschland zu machen, indem es die in Oberschlesien entstandene Freistaatbewegung nachdrücklichst unterstützte. Jedenfalls entwickelten sich auf die Dauer zwischen Frankreich und England tiefgehende Meinungsverschiedenheiten und damit wurde Oberschlesien zum Objekt der Weltpolitik. Es handelte sich nicht mehr darum, ob Polen oder Deutschland das

Gebiet erhielt, sondern in weissen Hand die Ausbeutungsmöglichkeit gelegt wurde, ob künftig Frankreich oder England der wahre Herr des Landes sein würde. Unter diesem Gesichtswinkel müssen wir alle Folgeerscheinungen betrachten. Frankreichs ganzes Bestreben ging dahin, Oberschlesien mit aller Macht an Polen und damit unter französischen Einfluß zu bringen. Die französische Diplomatie nützte jede Schwierigkeit Englands in sehr geschickter Weise aus, um sich Oberschlesien zu sichern. England hat sicher den ehrlichen Willen gehabt, die Dinge anders zu gestalten, als sie heute gekommen sind. Allerdings nicht um Deutschlands Willen, sondern im Interesse der englischen Weltwirtschaft. Die stete Furcht vor dem Auseinanderbrechen der Entente und die damit drohende neue Kriegsgefahr, die mannigfachen Schwierigkeiten Englands in weltpolitischer Hinsicht aber stärkten immer wieder in entscheidenden Momenten Frankreich. Einmal war es die bolschewistische Bedrohung Indiens und das Versprechen Frankreichs, Truppen an die Schwarze Meerküste zum indirekten Schutze Indiens zu stellen, die England gefügig machten. Ein andermal mußte Lloyd George „umfallen“, weil die kleinasiatischen Verhältnisse sich derart zuspitzten, daß die arabische Landbrücke zwischen Ägypten und Indien dem englischen Einfluß zu entgleiten drohte. Und zuletzt war der Grund für Englands Nachgeben im obereschlesischen Handel der sehr bedrohliche Aufstand der Mopplas in Vorderindien, sowie die offenkundige Anlehnung Frankreichs an Amerika einerseits und Japan andererseits. Weltpolitische Geschehnisse, die unserer Beachtung mehr oder minder entzogen waren, haben letzten Endes das Schicksal Oberschlesiens entscheidend beeinflusst. Es war zum Handelsobjekt zwischen den Großmächten geworden. Und wir haben uns nie in einem größeren Irrtum befunden, als wenn wir annahmen, durch unsere Proteste und Rufe an die Weltgerechtigkeit die Handlungen der Pariser und Londoner Staatsleute beeinflussen zu können. Aber unsere Staatsleute und die für Oberschlesien verantwortlichen Stellen mußten wissen, woran sie waren und ihre Politik danach einstellen. Das ist nur ungenügend gesehen.

Die Aera Hörsting.

Der heimliche Kampf der Entente um Oberschlesien spielte sich derart hinter den Kulissen ab, daß er dem weitaus überwiegenden Teil der obereschlesischen und nahezu der gesamten innerdeutschen Bevölkerung verborgen blieb. Selbst obereschlesische Abgeordnete erkannten zugeständenermaßen die Zusammenhänge nicht. Desto besser aber waren die polnischen Führer sowie großindustrielle Kreise über die Ententeabsichten informiert und begannen sich darauf einzustellen. Schon in den ersten Monaten des Kampfes wurde die deutsche Einheitsfront durch Leute durchbrochen, die eine spätere Geschichtsschreibung teils als

Phantasten, teils als Landesverräter brandmarken wird. Der Freistaatgedanke, d. h. der Plan eines neutralen Oberschlesiens außerhalb der deutschen Reichsgrenze lebte auf und zu seiner Verwirklichung wurde der „Bund der Oberschlesier“ unter Führung des Poslauer Rechtsanwalts Dr. Łatacz gegründet, dessen Spuren wir noch wiederholt kreuzen werden. Über alle diese Erscheinungen, wie auch die großpolnische Propaganda, schlugen zunächst an der Oberfläche keine sonderlichen Wellen. Korfanty hielt sich noch völlig zurück und verbarg sich geschickt hinter den Führern zweiten und dritten Grades. Durch resolute Anpacken der schwankenden Bevölkerung, durch eine Politik hart auf hart und vor allem durch eine großzügige Auslandspropaganda wäre die Stimmung zu Deutschlands Gunsten zum mindesten im Industriegebiet zu verbessern und die neutrale Welt für Deutschlands Recht teilweise zu gewinnen gewesen. Doch wohl selten ist soviel, beinahe alles versäumt worden, was die Situation erforderte.

Der Reichskommissar Hörsing, der mit nahezu unbegrenzten Vollmachten, aber gänzlich unzureichenden Mitteln nach Oberschlesien kam, stellte mit Hilfe des Belagerungszustandes zwar äußere Ruhe her, zersplitterte aber dabei seine Kräfte. Kaum ein halbes Duzend Leute standen ihm zur Seite. Hörsing erkannte auf den ersten Blick den Kern des ganzen Problems: Oberschlesien war nur mit Hilfe der deutschgesinnten Arbeitererschaft zu retten! Einmal bildete sie die größte Masse, zum andern war sie zuverlässig, weil ihre Interessen sie zum Deutschen Reiche drängte, ganz abgesehen davon, daß vor allem in den deutschgewerkschaftlich organisierten Arbeitern ein erfreulicher Bekennermut lebte. Das Bürgertum dagegen war innerlich zerrissen, in seinen geschäftlichen Interessen verschieden orientiert und infolgedessen zu einem großen Teil national unzuverlässig. Das hat sich später bei der Abstimmung gezeigt. Trotz ihrer klaren Linie hafteten aber Hörsings Politik Mängel an, die sich im Laufe der Zeit unheilvoll bemerkbar machten. Einmal hatte der Reichskommissar kein besonderes Glück mit einigen seiner engsten Mitarbeiter, wodurch viel Vertrauen verloren ging, zum andern stützte sich Hörsing bei seiner Arbeit nahezu ausschließlich auf die Sozialdemokratie. Es ist richtig, daß sich zu keiner Zeit während des Abstimmungskampfes die obereschlesische Sozialdemokratie in nationaler Gesinnung von anderen Parteien übertreffen ließ, es ist ferner richtig, daß gewisse und sehr beachtliche Teile des obereschlesischen Zentrums recht bedenkliche Wege gingen und sich deshalb auch in Widerspruch zum Reichszentrum setzten, aber immerhin hätte der Reichskommissar sich parteipolitisch nicht so stark einstellen dürfen, um die deutsche Einheitsfront zu retten. Trotzdem: Man mag Hörsings Politik loben oder tadeln, eins muß ihr zugestanden werden: Sie war in ihrem letzten Willen ehrlich deutsch und von eiserner Konsequenz. Und insofern war Hörsing ein ebenbürtiger Gegner Korfantis. Worauf es ankam!

Die großpolnische Propaganda arbeitete inzwischen zielbewußt weiter. Als genauer Kenner der obererschlesischen Verhältnisse legte Korsantj das Schwergewicht auf das platte Land. Dort zog er mit Hilfe französischer Millionen und polnischgesinnter Kapläne — die Pfarrherren selbst waren bis auf geringe Ausnahmen deutschgesinnt — ein vorbildlich funktionierendes Organisations-system auf. Die Fäden liefen in Beuthen im Bureau des Rechtsanwalts und polnischen Unterkommisars Czajla zusammen. Von Haus zu Haus zogen die polnischen Agenten, gründeten Sokol- und andere Vereine und logen dem leichtgläubigen Volke vor, daß sich die Balken bogen. Später hatten sie dies nicht mehr nötig. Denn die Erfolge, die der polnischen Politik durch De Ronds, Clemenceaus und später Briands Hilfe beschieden waren, stärkten beträchtlich in weiten Kreisen die Ueberzeugung, daß Oberschlesiens Zukunft bei Polen besser aufgehoben sei als bei Deutschland. Die deutsche Abwehr ruhte damals fast ausschließlich in den Händen der „Freien Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens.“ Eine durchgreifende amtliche Gegenpropaganda fehlte völlig. Mit Mühe und Not konnte Höring die Mittel für die — gemessen am polnischen Vorgehen — bescheidene Gegenwehr flüssig machen und eines Tages sprach ein amerikanischer Offizier die vielsagenden Worte aus: Ist euch Oberschlesien nicht fünfzig oder hundert Millionen wert? Damals verbot noch kein Friedensvertrag die Verwendung staatlicher Mittel. Aber Michel schloß. Selbst in Schlesien glaubte niemand recht an polnische Erfolge. Die wenigen Warnrufe Einsichtiger waren im Lärm der Besservwisser verhallt. Wie im Kriege wurde ein jeder, der sorgenden Auges in die Zukunft schaute, als Miesmacher verlacht. Die Auslandspropaganda zur Verteidigung des deutschen Rechts auf Oberschlesien ging über einige schüchterne Versuche überhaupt nicht hinaus. Es fehlte an Geld und an weltpolitisch geschulten Köpfen.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel schlug in diese Atmosphäre vertrauensvollen Hindämmerns der erste Friedensvertragsentwurf. Jetzt zeigte sich der Reichskommissar auf dem Posten. Ueberall riß er mit den in der Not zusammengeschweißten Parteien die deutsche Bevölkerung zu Protesten empor. Unvergessen wird es bleiben, wie in Rattowitz Zehntausende unter dem Gesange von „Deutschland, Deutschland über alles!“ an Hörings Platz vorüberzogen, eine Kundgebung, wie sie später Oberschlesien nicht mehr sah. Die englische Kommission zog von Deutschlands Recht überzeugt ab und Lloyd George drückte gegen Clemenceaus Willen die Abstimmungsklausel durch. Nunmehr begann Korsantj den Großangriff. Wieder flossen die französischen Millionen, in Oberschlesien wie im Auslande. Ihre Erfolge zeigten sich im ersten polnischen Augustaufstand 1919. Mehr als 40000 Mann erhoben sich auf Korsantys Befehl, um Oberschlesien gewaltsam an sich zu reißen. Es steht heute fest, daß auch dieser erste Aufstand — wie die übrigen — mit Vorwissen Frankreichs erfolgte. Höring hatte drei Tage vor dem Ausbrechen

Kenntnis von den polnischen Plänen erhalten. In Gemeinschaft mit dem Breslauer Generalkommando warf der Reichskommissar was er an Truppen und Freikorps zur Hand hatte ins Aufstandsgebiet. Mit rücksichtsloser Energie wurde der polnische Angriff niedergeschlagen. Die Banden fluteten nach Kongreß-polen und Galizien zurück.

Wir waren die Angegriffenen gewesen. Die polnische Propaganda fälschte die Tatsachen um. Während die deutsche Presse nach wenigen Tagen in ihrer obererschleischen Berichterstattung verstummte und im Auslande gar nichts getan wurde — die Schuld lag in Berlin — hielten die Polen gegen den „Bluthund Hörning“ in einer Weise, daß wenige Wochen später eine interalliierte Untersuchungskommission nach Schlesiens kam. Im Breslauer Landeshaus mußten sich der Reichskommissar und der militärische Stabschef vor einem englischen Major sowie französischen, italienischen und japanischen Subalternoffizieren verantworten, weil sie sich mit Waffengewalt gewehrt hatten! Inzwischen verstärkten sich aber die innerpolitischen Widerstände gegen den Reichskommissar. Vor allem wurde sein Entschluß, die obererschleischen Gemeindevahlen durchzuführen, heftig angegriffen. Die Wahlen zeitigten bekanntlich große polnische Erfolge und brachten zahlreiche Gemeindevertretungen in polnische Hand. Insofern schädigten sie ohne Zweifel die deutsche Sache. Aber sie hatten auch einen Vorteil, indem sie gewissermaßen eine Generalprobe für die kommende Abstimmung bildeten, der deutschen Propaganda zum ersten Male die Position der Gegner in aller Deutlichkeit zeigte und ihr damit die Wege für ihre Arbeit wies. Diese Fingerzeige sind später nicht genug beachtet worden. Jedenfalls entschloß sich Hörning, von seinem Posten noch vor dem Eintreffen der fremden Besatzung zurückzutreten und sein Amt einem dem obererschleischen Zentrum mehr zusagenden Manne zu überlassen.

Die polnisch-französische Allianz.

Wir Deutschen haben im Weltkrieg zwei Kardinalfehler bitter büßen müssen: Entweder redeten wir uns ein — oder bekamen es eingeredet —, daß die gegnerischen Führer minderer Intelligenz als die unseren seien und wir sie infolgedessen nicht ernst zu nehmen brauchten oder wir legten an sie den heimischen Maßstab, d. h. wir glaubten, daß sie denken und handeln würden, wie es nach unserem Gefühl recht und billig sei. Diese aus unserer Neigung zur Gefühlspolitik geborenen Trugschlüsse haben zum Teil unsere militärische Niederlage, ganz sicher aber unsere katastrophalen diplomatischen Mißerfolge verschuldet. Letzten Endes ist auch die nationale Propaganda, wie sie in Oberschlesien betrieben werden mußte, subtilste Diplomatie. Und es ist kein Wunder, daß dieses gigantische Ringen zu unseren Ungunsten ausgehen mußte, weil wir uns zum Teil den sich aus

dem gegnerischen Auftreten ergebenden Notwendigkeiten gegenüber ganz falsch einstellten. Es hilft auch nichts, einen Gegner, der sich uns überlegen zeigte und uns deshalb mit Leichtigkeit „hineinlegte“, hinterher zu schmähen und ihm moralische Mängel nachzusagen. Viel richtiger ist es, aus der Niederlage zu lernen, sich an die Brust zu schlagen und den Gründen der eigenen Mißerfolge nachzuspüren, ohne dabei natürlich in eine sinnlose Schuldigsuche zu verfallen. Auf den obereschlesischen Fall übertragen heißt dies: Es ist lächerlich, den General De Mond jetzt einen Vignner und Verräter zu nennen, der Deutschland um sein Recht betrogen hat. Eine leidenschaftslose Geschichtsschreibung wird den Chef der Interalliierten Kommission einst vielmehr als einen der besten Diplomaten altfranzösischer Schule, uns aber mit einem minderen Ehrentitel bezeichnen. Denn wir hatten in unserer echt deutschen Gefühlseligkeit erwartet, daß De Mond gewissermaßen als Anwalt der deutschen Interessen nach Oppeln kommen würde und vollständig vergessen, daß er als Franzose gar nicht anders konnte — seiner ganzen Mentalität nach —, als die Vorteile seines Vaterlandes zu vertreten. Für ihn bedeutete das obereschlesische Kommando lediglich eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Und diese Aufgabe hat der General in einer Weise gelöst, die uns zum Nachdenken für alle Zeiten anregen sollte.

Als die Interalliierte Kommission am 11. Februar 1920 ihre berühmte Proklamation erließ, in der eine „Ära der Freiheit und Gerechtigkeit“ angekündigt wurde, war die Zahl der Skeptiker gering, die dem allgemeinen Glauben, daß Oberschlesien für Deutschland nun so gut wie gerettet sei, nicht beipflichteten. Selbst der obereschlesische Oberpräsident hatte in seinem Aufruf vom 2. Februar verkündet: Oberschlesier, in den nächsten Monaten sollt ihr frei und unbeeinflusst über eure Zukunft entscheiden! Dies war ein furchtbarer Trugschluß. Der Bevölkerung ist daraus kein besonderer Vorwurf zu machen. Doch es gab Leute in Deutschland, die um das in den Vorartikeln erwähnte englisch-französische Geheimabkommen wissen mußten, das Oberschlesien zum französischen Interessengebiet erklärte. Es kann auch der Nachweis erbracht werden, daß deutsche Propagandastellen davon Kenntnis hatten. Und wenn bei ihnen noch Zweifel bestanden, mußte sie der Umstand stutzig machen, daß an Stelle einer gemischten Besatzung lediglich Franzosen nach Oberschlesien kamen. Denn die Engländer und Italiener in der Kommission spielten von Anfang an — ebenso wie später die schwachen italienischen Verbände — nur eine sekundäre Rolle. Aber was geschah? Die Warner wurden verlacht und beiseite geschoben. Hoffiger Optimismus gepaart mit propagandistischem — und leider auch politischem — Dilettantismus feierten Orgien. Darüber wie über eine Reihe anderer, noch weit mehr bedenklicher Erscheinungen wird später zu sprechen sein. Erwähnt als symptomatisch sei heute nur, daß in den ersten Monaten die deutsche Propagandaleitung

sowohl auf die unbedingte Reichstreue sämtlicher ober-schlesischer Magnaten als auf eine gewisse Deutsch-freundlichkeit De Ronds baute und darauf ihre Arbeit einstellte!

Schon nach den ersten Besatzungswochen zeigte sich dem Auge des geschulten Politikers, wohin die Fahrt ging. Das deutschfeindliche Auftreten der Franzosen, das provozierende Verhalten französischer Offiziere und Soldaten Deutschen gegenüber ist noch in aller Erinnerung. Aber selbst als in Oppeln friedliche Bürger mit Reitpeitschen von den Bürgersteigen getrieben, in Gleiwitz Schüler von Alpenjägern mit dem Bajonett attackiert wurden, weil sie beim Vorbeimarsch der „blaugrauen Helden“ gelacht hatten, erstarb das deutsche Vertrauen zur Unparteilichkeit der Interalliierten Kommission noch nicht. Wie sah diese Unparteilichkeit der französischen Zeitung aus? In Oppeln stellten die Franzosen sofort die denkbar engste Verbindung mit maßgebenden polnischen Kreisen her. Der Herausgeber der „Gazeta Dpolska“, Bronislaw Koraszewsky, der später bei einem Treppenabsturz tödlich verunglückte Rechtsanwalt Lerch und Korsantj selbst gingen bei De Rond aus und ein. Der gewiegte Diplomat vermied es allerdings, sich durch zu offenen Verkehr mit den Polenführern zu diskreditieren. Deshalb spielte der Oppelner Kreis-kontrollleur, Major Laudret, in den ersten Monaten den „Verbindungs-offizier“. Von seinem Bureau führten sogar direkte Armeefernsprechleitungen in das Bureau des Rechtsanwalts Lerch, zum polnischen Konsulat in der Banca Kolnikow und zu Koraszewsky in der „Gazeta Dpolska“. Als durch die Presse diese Tatsache bekannt wurde und der preussische Minister des Innern darüber in Oppeln nachfragte, wußten die deutschen Dienststellen nichts davon! Sie wußten allerdings auch andere wichtige Vorgänge nicht.

Inzwischen bereiteten die Polen den zweiten Augustaufstand mit aller Gründlichkeit vor, der „fertige Tatsachen“ schaffen und das Abstimmungsgebiet in polnische Hand bringen sollte. Die Aktion war nur im Einverständnis mit den Franzosen möglich. Durch die schlesische Presse, die wachsammer als viele amtliche Stellen die Ereignisse verfolgte, ist demnach die Methode der Franzosen bekanntgeworden, die durch Abziehen der Truppen die polnische Grenze gegen Oberschlesien öffneten. Weniger bekannt aber ist, daß Mitte Juli die Generale De Rond und Blanchard Besprechungen mit den Polenführern hatten und daß bei dieser Gelegenheit ein Einmarschplan ausgearbeitet wurde, deren Skizze in die Hände der Unterführer gelangte und dadurch auch in deutschen Besitz kam. Der zweite Aufstand schlug ebenfalls fehl. Die Franzosen hatten in ihrer Berechnung einen wesentlichen Faktor außer Ansatz gelassen, die deutsche Sicherheitspolizei. Deshalb entstand die nächste Aufgabe darin, dieses dem Schutze des Deutschtums dienende und den französisch-polnischen Plänen hinderliche Instrument auszuschalten. Was den Korsantjischen Mörderbanden trotz Be-

lieferung mit französischen Waffen und trotz der „Treiberdienste“, die ihnen in Kattowitz die Maschinengewehre Blanchards leisteten, nicht gelungen war, das wurde nunmehr im Verwaltungswege durchgeführt. Die Sicherheitspolizei wurde entwaffnet, aufgelöst und nach dem unbefestigten Schlesiens abgeschoben. An ihre Stelle trat die berückichtigte, zu neun Behteln aus polnischen Parteigängern zusammengesetzte „Apo“.

Frankreichs Kampf gegen das Deutschtum.

Während die obererschlesische Sicherheitspolizei gegen Korsantys Banden noch um ihr Leben kämpfte, während unter den Augen französischer „Ordnungshüter“ deutsche Landjäger und Polizeibeamte von dem Verbrechergesindel der „Bojowka Polska“ unter furchtbaren Mißhandlungen zu Tode gequält wurden, schritt die Interalliierte Kommission zur „Säuberung“ Oberschlesiens. Der letzte Schutz der deutschen Bevölkerung wurde systematisch beseitigt. Bereits im Juni 1920 waren Gerüchte aus Oppeln gedrungen, die von der Ausweisung aller nicht in Oberschlesien geborenen Sicherheitsbeamten wissen wollten. Zur Durchführung gelangte der Plan aber erst vom September ab. Allerdings war inzwischen, hauptsächlich auf Betreiben des in Kattowitz kommandierenden Generals Blanchard, die Bewaffnung der deutschen Beamten derart reduziert worden, daß sie einer Auslieferung der Unglücklichen an das polnische Messer gleichkam. Dieses Verfahren wird von der Richterin Geschichte den französischen Schild für immer beslecken; denn moralisch stellt es nichts anderes als Beihilfe zum Mord dar. In den letzten Septemberwochen begann nun das Abschieben der Sicherheitspolizei auf unbefestigtes schlesisches Gebiet und die Errichtung der Abstimmungspolizei, deren Zusammensetzung so bewußt polnisch gestaltet wurde, daß sie einen Hohn auf die vielbetonte Neutralität der Interalliierten Kommission bildete.

Zum Befehlshaber der „Apo“ wurde von der Interalliierten Kommission der französische Major Feyler ernannt, zu seinem Adjutanten der französische Oberleutnant Frontière. Beide Offiziere sprachen nur mangelhaft deutsch, dagegen waren sie — wenigstens der Oberleutnant — des Hochpolnischen tadellos mächtig. Eine der ersten Verfügungen an die neue „Apo“ lief darauf hinaus, daß die deutschen Beamten binnen drei Tagen polnisch verstehen mußten. Ueberhaupt geschah alles Erdenkliche, um die deutschen Elemente aus der Abstimmungspolizei hinauszugraufen. Von Anfang an war als Grundlage für die „paritätische“ Zusammensetzung das Ergebnis der Gemeindeerzählwahlen angenommen worden, so daß besonders im Industriebezirk und auf dem flachen Lande die „Apo“ sich überwiegend aus polnischgesinnten Deuten zusammensetzte, die den Sokolvereinen entnommen wurden. Der deutsche Rest wurde nach allen Regeln

gallischer Kunst schifaniert. So erging eine französische Geheimverfügung, derzufolge die deutschen Beamten unbestraft sein mußten, den polnischen wurde selbst eine Gefängnisstrafe bis zu zwanzig Tagen nachgesehen. Ein anderer Geheimbefehl gestattete die sofortige Beförderung der polnisch orientierten Leute, den Deutschen wurde die Beförderung „im Namen der Interalliierten Kommission“ verweigert.

Am tollsten trieben es die Franzosen bei der Besetzung der Offiziersstellen in der „Apo“. Bis auf wenige Offiziere, die in Bezirken stationiert wurden, wo sie der polnischen Uebermacht gegenüber machtlos waren -- wie in Bybnik und Lipine --, wurde das deutsche Element ausgemerzt und durch Franzosen und Polen ersetzt. Darunter befanden sich viel zweifelshafte Gestalten, die direkt aus der Hallerarmee in die „Apo“ übertraten. Ein Beispiel mag mehr als alle Schilderungen darüber belehren. Der Führer der sehr wichtigen Oppelner Hundertschaft wurde ein Oberleutnant Joseph Pietruszka. Er war zwar in Groß-Strehlitz geboren, als Bergakademiker aber nach St. Etienne in Frankreich gegangen. Anstatt seiner bedrängten Heimat 1914 zu Hilfe zu eilen, trat der Brave in die französische Armee ein und kämpfte gegen Deutschland! Nach dem deutschen Zusammenbruch ging Pietruszka als Oberleutnant zur Hallerarmee, wo er am 20. August 1920 entlassen wurde, um sofort in die „Apo“ einzutreten. Auf die deutsche Bevölkerung wurden als „Oberschlester“ losgelassen, die in der schwersten Zeit Vaterlandsverrat begingen! Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Bei der Oppelner Hundertschaft befanden sich zum Beispiel Anfang Oktober allein elf Wachtmeister, die über die Hallerarmee aus der französischen Fremdenlegion kamen. Sie waren, da sie zum Teil noch der französischen Militärgerichtsbarkeit unterstanden, bedingungslos Werkzeuge der Franzosen. In Beuthen wurde von den Franzosen im „Sonmiger Hotel“ -- also in Korsantys Hauptquartier -- eine Polizeischule für die „Apo“ eingerichtet. Von den Kuristen wurden Anfang Oktober 1920 unter anderem vierundzwanzig Oberwachmeister nach Oppeln überwiesen, von denen fünf in der Fremdenlegion gedient hatten und fünfzehn aus der deutschen Armee desertiert und in der Hallerarmee aufgenommen worden waren.

Die Taten der auf diese Weise errichteten „Apo“ sind zu bekannt, als daß sie einer Würdigung bedürften. Der von Frankreich gewollte Zweck wurde vollkommen erreicht, dem deutschen Widerstand wurde das Rückgrat gebrochen in der Absicht, das Abstimmungsergebnis zugunsten Polens zu gestalten. Die Franzosen bemühten sich mit großer Energie -- allerdings auch völliger Skrupellosigkeit -- die ihnen von den Engländern durch die nachträgliche Einfügung der Abstimmungsklausel in den Friedensvertrag bereitete Schlappe wieder wegzumachen. Es ist schon erwähnt worden, kann aber nicht oft genug wiederholt werden, daß die französische Zeitung in Oppeln von

jedem polnischen Aufstand rechtzeitig unterrichtet wurde. Denn französische Offiziere entwarfen gemeinsam mit den polnischen Führern die Aufmarschpläne der Insurgenten, lieferten einen beträchtlichen Teil der Waffen — so befand sich in der polnischen Bank in Oppeln lange Zeit ein großes Waffenlager, von dessen Bestimmung der französische Kreiskontrollleur wußte und sorgte dafür, daß im Zeitpunkt des Ausflammens des Aufstehs die französischen Truppen fern von den kritischen Punkten weilten.

Es wäre allerdings ungerecht, wollte man als Beweggrund des französischen Handelns lediglich Sympathie für Polen und eine gewisse — vielleicht etwas jädistische — Freude am Quälen der deutschen Bevölkerung annehmen. Dies mag bei Mannschaften und Subalternoffizieren hier und da zugetroffen haben, nicht aber bei der Leitung, die größere Ziele verfolgte. In der französischen Politik, wie sie in Oppeln getrieben wurde, haben wir vielmehr einen Teil — und nicht den unbedeutendsten — der weitgespannten französischen Kontinentalpolitik zu sehen, deren Endziel die völlige Einfreisung Deutschlands bildet. Diese Politik arbeitet mit langer Sicht und mit Rücksicht auf die auf die Dauer nicht zu verhindernde Rückkehr Rußlands zu geordneten Verhältnissen und die alsdann gegebene Gefahr einer deutsch-russischen Orientierung gegen Frankreich, also eine Wiederkehr der Verhältnisse von 1812. Hochinteressant in dieser Beziehung waren Äußerungen eines hochgestellten Franzosen, die ebenfalls im Vorjahr im besetzten Oberchlesien fielen. Demzufolge ist Polen von der französischen Politik dafür in Aussicht genommen, Rußland von Deutschland dauernd zu trennen. Zu diesem Zwecke muß der polnische Staat jederzeit militärisch auf der Höhe stehen und in der Lage sein, seine Heeresbedürfnisse aus eigenen Kraftquellen zu beziehen. Die polnische Rüstungsmiede nun kann nur Oberschlesien sein, und zwar ein Oberschlesien unter dauerndem französischem Einfluß. Man vergleiche diese Äußerungen mit den Vorgängen in Oberschlesien nach der Abstimmung, wo die Franzosen die gesamte Industrie in ihre Hände bringen und die deutschen Beamten durch französische Ingenieure ersetzen. Man wird dann eine klare, gerade Linie erkennen.

Wenn auch zu Deutschlands Unglück der deutschen Propaganda die Ueberlegenheit dieser französischen Politik nicht oder nur unklar zu Bewußtsein kam, erkannten die der Interalliierten Kommission zugetheilten Engländer sofort, wohin die Fahrt ging. Die englischen Interessen ließen andere Wege. Und so ergab sich denn nur zu bald zwischen Franzosen und Engländern in Oberschlesien ein sehr gespanntes Verhältnis namentlich, als der Resse Blond Georges als Kreiskontrollleur nach dem Industriegebiet kam. Um dem englischen Widerstande entgegenzuwirken, richteten die Franzosen im Oppelner Regierungsgebäude eine Pressestelle ein, von der tagtäglich der Pariser Presse durch Kuriere Material gegen —

die Engländer zugesandt wurde. Wie ungeheuer müssen die weltpolitischen Schwierigkeiten des Inselreichs gewesen sein, wenn es alles dies hinnahm und Frankreich stets zu Willen war, nur um die Entente nicht auseinanderfallen zu lassen!

Korfantys Arbeit.

Die Seele der großpolnischen Bewegung in Oberschlesien war seit dem Jahre 1902 Albert Korfanty gewesen. Politische Zielsicherheit, ein nicht alltägliches Verständnis sowohl für internationale Zusammenhänge als auch für die nationalpolnische Sache und die Psyche des obereschlesischen Volkes paarten sich in ihm mit hemmungslosem Ehrgeiz und einer bedeutenden Energie. In der Diplomatie und in der Demagogie gleich erfahren, stellt der ehemalige Journalist und Zeitungsvorleger in dem obereschlesischen Trauerspiel neben De Rond unzweifelhaft die stärkste Persönlichkeit dar. Nur dadurch erklärt sich einigermaßen das völlige Versagen der deutschen Abwehr. Es ist für jeden Deutschen dieses Eingeständnis besonders schmerzlich. Aber es soll uns wenigstens in Zukunft davor bewahren, ein Derby — wie sich jüngst ein der Interalliierten Kommission nahestehender Engländer einem obereschlesischen Großindustriellen gegenüber bitter aber nicht ganz unberechtigt aussprach — von Droschenpferden laufen zu lassen.

Behn Jahre lang hatte Korfantys Arbeit nur bescheidene Früchte gezeitigt. Die Erstarkung der obereschlesischen Polenpresse und der „Polnischen Berufsvereinigung“, die unter der Oberfläche wühlenden Sokols und die überall aufblühenden polnischen „Kulturvereine“ mußten ihm für sein Streben Lohn genug sein. Der Balkankrieg entfachte in Korfanty — wie in jedem Großpolen — zum erstenmal Hoffnungen und der Weltkrieg erfüllte sie, weil die deutsche politische und militärische Leitung Zeichen der Zeit und Menschen nicht zu beurteilen verstand. In den Augusttagen 1914 galt es für die großpolnischen Führer schwere Entschlüsse zu fassen. Ein Aufstand aller Polen zur Losreißung der erstrebten Landesteile von den kriegführenden Staaten war eine aussichtslose Sache, der offene Anschluß an einen der Staaten mit dem Endziel, Zugeständnisse zu erhalten, zum mindesten gewagt, bei Rußland und Deutschland zwecklos. Darum ließen die führenden Kreise in Krakau den Dingen ihren Lauf, ließen Polen gegen Polen marschieren und warteten auf günstigere Zeiten. Allerdings wurde ihre Diplomatie oft durch Heißsporne hüben wie drüben gefährdet, die durch Verrätereien und auf eigene Faust Deutschen wie Russen zu Schaden versuchten. Doch der aalglatte Korfanty und seine Freunde verstanden es stets meisterlich, die deutsche wie die russische Heeresleitung einzuschläfern. Auf beiden Seiten versicherten sie unbedingte Loyalität, auf beiden Seiten

spannen sie aber am großpolnischen Garn. Es ist ein Witz der Weltgeschichte, daß noch im Jahre 1917 Korfanty im Warschauer Generalgouvernement als besonders geschätzter Vertrauensmann aus- und einging neben Pilsudski, der nur zu zeitig die Maske lüftete und deshalb den Rest der Kriegszeit auf der Magdeburger Zitadelle verbringen mußte.

Der deutsche Zusammenbruch mag Korfanty ebenso überrascht haben wie die Entente. Jedenfalls traute man dem erlegten Löwen nicht und ging nur tastend und zögernd vor. Hätte das Großpolentum die Hoffnungslosigkeit der deutschen Situation nach dem 11. November 1918 erkannt, wäre Oberschlesien — ja vielleicht ganz Schlesien — verloren gewesen. So wagte man erst im Dezember den ersten Schlag in Posen, der einen vollen Erfolg brachte. In Oberschlesien aber zögerte Korfanty trotzdem, weil er nur zu gut wußte, daß die an die deutsche Disziplin gewöhnte Bevölkerung nicht den „nationalen Schwung“ besaß wie das polenische Hochpolentum. Und so entsachte er denn einen Propagandafeldzug allergrößten Stils, um Oberschlesien für Polen zu gewinnen. Als erster Fonds flogen dazu aus französischen Mitteln 50 Millionen Franken in Korfantys Kassen, wie denn überhaupt die polnische Propaganda in Oberschlesien auch in den späteren Monaten in der Hauptsache von Frankreich, aus deutschen Reparationsgeldern, bezahlt wurde. Allerdings hat auch das polnische Volk — die Gerechtigkeit und die Vorsicht gebieten diese Feststellungen — in einer Gesamtheit vor allem während des Abstimmungskampfes beträchtliche persönliche und finanzielle Opfer gebracht. Daß davon Millionen anderen Zwecken zugeführt wurden, als denen, für die sie bestimmt waren, ist eine im obereschlesischen Ringen leider nicht nur im polnischen Lager beobachtete Erscheinung.

Während der ersten Periode — das heißt bis zur Besetzung — trat Korfanty persönlich nicht hervor. Seine Unterkommissare leiteten die Propaganda, ihre Agenten durchstreiften unablässig das Land. Korfanty aber entwarf in Warschau und Paris seine Pläne und paßte sie — ohne am Endziel zu rücken — den Bedürfnissen und wechselnden Situationen jederzeit mit bemerkenswertem Geschick an. Wie weit ihn dabei französische Hilfe zuteil ward, ist eine schwer zu beantwortende Frage. Jedenfalls aber steht fest, daß stets ein inniger Kontakt zwischen Warschau und Paris, später zwischen dem Beuthener Omnib-Hotel und dem Oppelner Regierungsgebäude bestand. Denn mit Le Rond zog auch Korfanty offiziell in Oberschlesien als polnischer Abstimmungskommissar ein. Zur Durchführung seiner Pläne war ihm jedes Mittel recht. Neben dem Hochpolenischen nationaler Leidenschaften, neben großzügiger Anwendung des gedruckten und gesprochenen Wortes, einer virtuosen Behandlung der Presse — wobei scharfe Unterschiede zwischen den obereschlesischen, den übrigen polnischen und den fremden Zeitungen gemacht wurden —, neben tatsächlichen wirtschaftlichen und kulturellen Güttaten setzte

Korjanty in skrupelloser Weise Lüge und Korruption, als deren Vater er in Oberschlesien mit Recht bezeichnet wird. Ja es befinden sich auch sehr süssige Beweise in deutschen Händen, nach denen die polnische Führung selbst vor dem politischen Mord nicht zurückschreckte. Jedenfalls wird das Charakterbild Korjantys durch seine geradezu verbrecherischen Taten arg getrübt. Denn so weit seiligt auch im nationalen Kampf der Zweck die Mittel nicht.

Leider hat der moralische Moment bei der Beurteilung der beiderseitigen Propaganda nur eine sekundäre Rolle zu spielen. In erster Linie entschied — wie überall im Kampfe — das Gebot der Zweckmäßigkeit. Und da ist festzustellen: Korjantys Methode war in der Hauptsache positiv und aggressiv, während die deutsche Abwehr sich im allgemeinen auf einen „Kampf der Geister“ einstellte, worüber noch bei Besprechung der deutschen Maßnahmen zu reden sein wird. Jedenfalls beschränkte sich in Oberschlesien Korjanty nicht auf den reinen Abstimmungskampf, sondern betrieb mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln die „nationale Durchdringung“ des Landes. Zuerst wurde das flache Land erfaßt. Hier saß die Masse der nicht Deutsch Sprechenden, leicht beeinflussbaren und vom deutschen Ungeschieh am meisten verärgerten Bevölkerung. Die Kaplanie leitete hierbei Korjanty fast ausnahmslos die denkbar größte Hilfe. Wie sich bald herausstellte, lag den polnischen Manövern eine Art strategischer Plan zugrunde, der auf allmähliche Einkreisung des ganz überwiegend deutsch orientierten Industriegebiets hinauslief. Auch dieser Strategie war — nicht zuletzt durch das französische Verhalten in Oberschlesien — Erfolg beschieden.

Damit aber begnügte sich Korjanty nicht. Er schuf sich — außer seiner Propagandaorganisation — eine in jeder Hinsicht schlagfertige Truppe in den Sokols, die durch die „Bojowka Polska“, die „Organisation der entlassenen Hallersoldaten“ und durch in Zivilkleider gekleidete polnische reguläre Land- und Marine-soldaten verstärkt wurde. Dem Gummiknüppel und Totschläger — später auch gefährlicheren Waffen — gegenüber versagten die deutschen Argumente von „Veröhnung der Nationalitäten“, von der „internationalen Gerechtigkeit“, von der „politischen und wirtschaftlichen Anteilbarkeit“, von der „geschichtlichen Ueberlieferung“ und von der „besseren Zukunft Deutschlands“. Auch Heimat- und Vaterlandsliche sind wandelbare Begriffe, wenn sie nicht rückwärts los geschleift werden. Aber in Berlin schlug man auf den Rat „oberschlesischer Experten“ die Hände über dem Kopf zuammen, als im Vorjahre ein tatkräftiger, das oberschlesische Problem erfassen der Regierungsbeauftragter riet, neben die polnischen Sokols deutsche Vereine zu setzen, denen außer vorzüglichen Aufklärungs-schriften heimlich noch „schlagkräftigere Gummiknüppel“ in die Hand zu drücken seien. Denn das könnte Blut kosten. Nun! Blut ist in den polnischen Aufständen, die weiter nichts als großangelegte Einschüchterungsmanöver Korjantys darstellten, wahrhaftig genug geflossen. Viele Kenner Oberschlesiens behaupten aber heute noch,

daß weder Franzosen noch Polen diese Manöver gewagt hätten, wäre die deutsche Bevölkerung nicht völlig wehrlos gewesen. Schließlich sind ja Gummiknüppel keine verbotenen Waffen im Sinne des Friedensvertrages. Auf keinen Fall genügte der Zusammenschluß der deutschen Oberschlesier zu reinen Propagandaver-einen. Man mag zu der Selbsthilfsfrage stehen, wie man will.

Der deutsche Aufmarsch.

Wie bereits erwähnt wurde, lag die eigentliche Propaganda für die Deutscherhaltung Oberschlesiens im ersten Jahre nach Abschluß des Waffenstillstandes in den Händen der „Freien Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens“, die ihren Sitz in Oppeln nahm. Sie war in der Hauptsache eine auf Betreiben der Oppelner Handelskammer ins Leben gerufene Institution, die auch ihre Unterhaltskosten aus industriellen Kreisen empfing. Für deutsche Begriffe, die für nationale Propaganda keinen Vergleichsmaßstab besaßen, bedeuteten die wenigen zur Verfügung stehenden Millionen Riesensummen, in Wirklichkeit waren sie ein Tropfen auf einen heißen Stein. Trotzdem muß anerkannt werden, daß in Oppeln mit großem Fleiß, mit echt deutscher Gründlichkeit und Systematik, wenn vielleicht auch etwas pedantisch gearbeitet wurde. Jedenfalls steht fest, daß die „Freie Vereinigung“ den Grund für die „Verbände heimattreuer Oberschlesier“ legte und überall im späteren Abstimmungsgebiet Stützpunkte der deutschen Verteidigung schuf. Auch ins neutrale Ausland — die Ententestaaten waren uns damals noch so gut wie völlig verschlossen — streckten die Oppelner Kämpfer tastend ihre Hände und benutzten die zahlreichen Verbindungen des industriellen Großkapitals nicht ungeschickt, um für die deutsche Sache zu werben. Aber in Berlin fand — man hatte dort mit der Sorge um die Straße den Kopf voll — diese Arbeit fast keine Unterstützung. So blieb sie erfolglos. Und dies um so mehr, als Korsanty bereits das Ausland mit einem engmaschigen Propagandanez über-spannt hatte.

Hätte die „Freie Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens“ auch in der Folge die Gesamtarbeit in der Hand behalten und — eine wesentliche Voraussetzung allerdings — an ihre Spitze einen wirklich erstklassigen „Propagandachef“ gestellt, der Korsanty gewachsen war, sähe es heute in Oberschlesien wohl anders aus, da die Abstimmung bessere Resultate zeitigen mußte. Doch die Oppelner kämpften von Anfang an einen aussichtslosen Kampf, weil sie ihre Kräfte zersplittern mußten. Sie waren nicht populär. An ihrer Spitze standen Industrielle und „mit dem Fluch des Fatalismus“ beladene Leute. Wenigstens war dies die Meinung radikaler Elemente, die immer mehr an Einfluß gewannen. Daß die „politische Unzuverlässigkeit“ der Oppelner nicht so arg war,

beweist wohl am besten ihr gutes Verhältnis zum Reichskommissar Göring, das erst mit dem Wachsen des Parteieinflusses etwas ins Wanken geriet. Und in diesem unheilvollen Parteieinfluß haben wir ohne Zweifel den Grund zum Untergang Oberschlesiens zu suchen, soweit deutsche Maßnahmen überhaupt noch entscheidend in die Waagschale fielen. Denn bis zu dem Augenblick allerhöchster Not — es war dann bereits zu spät! — ist in Oberschlesien nicht mit einer nationalen Einheitsfront gegen das anstürmende Polen und die Entente gekämpft worden, sondern feierte Parteipolitik übelster Art wahre Orgien. Unbekümmert um die Polengefahr waren einzelne Parteien und Gruppen nur auf die Stärkung ihres Einflusses bedacht. Und unter dem Deckmantel des nationalen Kampfes wurden sogar Winkelgeschäfte getrieben, die wieder einmal das Wort rechtfertigten, daß eine große Zeit ein kleines Geschlecht fand.

Unter Göring war — wie erwähnt — die Sozialdemokratie Trumpf gewesen. Selbst persönliche Gegner des Reichskommissars haben aber zugestanden, daß Göring dabei höhere Gesichtspunkte als bloße Parteirücksichten liteten. Denn für ihn stand es fest — was wir bereits als den Kern des obereschlesischen Problems bezeichneten —, daß Oberschlesien nur mit Hilfe der deutschführenden Arbeiterschaft zu retten war, die — wenigstens im Anfang — sich in ihrer Mehrheit aus den freigewerkschaftlichen Kreisen rekrutierte. Seit Görings Rücktritt wurde — um den Ausspruch einer im Abstimmungskampf führend hervorgetretenen Persönlichkeit zu gebrauchen — „katholisch kutschiert“. Das heißt, das politische Schwergewicht wurde in das obereschlesische Zentrum verlegt. Außerlich betrachtet, erscheint dieser Entschluß berechtigt; denn Oberschlesien ist ein katholisches Land, wo auch heute noch trotz Priestermorde und Kirchenschändung die Geistlichkeit einen überragenden Einfluß ausübt. Aber die Identifizierung des obereschlesischen Katholikentums mit dem obereschlesischen Zentrum war ohne Zweifel eine Irreführung. Einmal wies das obereschlesische Zentrum keine einheitliche Struktur auf — die Beuthener Gruppe zum Beispiel ging eigene, sehr polensfreundliche Wege —, zum andern aber absorbierte die Freistaatsbewegung einen großen Teil der Oberschlesier, die parteimäßig zum Zentrum gehörten. Und hierin lag es zugleich begründet, daß der Zentrumspolitik, soweit sie für die Deutscherhaltung Oberschlesiens in Frage kam, die rechte Stoßkraft fehlte. Es waren zuviel parteimäßige Rücksichten auf die Zeit nach der Abstimmung zu nehmen!

Die übrigen politischen Parteien spielten im Abstimmungskampfe rein zahlenmäßig keine besondere Rolle, wenn auch der deutschnationale Einfluß auf die Industriebeamtenschaft und die Bedeutung des starken jüdischen Einflusses in der demokratischen Partei nicht unterschätzt werden dürfen. Beiden Faktoren ist übrigens nie Rechnung getragen worden, was ein schwerer Mangel war. Denn das obereschlesische Judentum neigte innerlich schon

mit Rücksicht auf die polnische Progromstimmung zu Deutschland und änderte zum Teil sein Verhalten erst, als der Abstimmungskampf verloren war. Die Industriebeamtenschaft aber bildete das Rückgrat der deutschen Wirtschaft und ein Gegengewicht zu der später stark in Erscheinung tretenden „internationalen Orientierung“ des obereschlesischen Magnatentums. Im übrigen bleibt es eins der Rätsel neudeutscher Außenpolitik, warum nicht die internationalen Beziehungen Oberschlesiens besser für die deutsche Sache genützt wurden. Kundige wollen allerdings auch dafür die Erklärung wissen: „Die unheilvolle „Parteibonzenwirtschaft“, die viel ungeeignete, mit Halbbildung ausgestattete und lediglich auf den Parteikampf dressierte Elemente in einflußreiche Stellungen brachte, trägt die Schuld“. Das ist zum Teil zweifellos richtig. Aber ebenso richtig ist, daß die deutsche zunftmäßige Diplomatie in Berlin und namentlich in Oppeln ebenfalls völlig versagte.

Die kritische Vorbetrachtung zum deutschen Verteidigungsaufmarsch würde jedoch unvollständig sein, wenn des Umstandes der „Lokalgrößen“ vergessen würde. Das Schlagwort „Oberschlesien den Oberschlesiern“ hatte nicht nur den Massen sondern auch den Regierenden den Kopf verdreht. Es ist sicher, daß ein geborener Oberschlesier — wenn er es ehrlich mit der deutschen Sache meinte — noch mit mehr Begeisterung und Liebe für seine Heimat kämpfen konnte, als ein Fremder, es ist auch richtig, daß gewisse obereschlesische Eigenarten in einem Oberschlesier einen besseren Beurteiler finden konnten. Aber nicht minder trifft zu, daß naturgemäß — wenn es sich um einen Ausnahmemenschen handelt — auch der Blick durch die Gewöhnung an die Umwelt eingeeengt wird. Jahrelang haben die obereschlesischen „Experten“ sich überhaupt geweigert, Oberschlesien als weltpolitische Frage zu betrachten. Sie verfochten mit Eifer den Standpunkt, daß die Abstimmung lediglich eine innerdeutsche Angelegenheit bilde, etwa wie eine Wahl. Und noch gefährlicher war, daß sie unduldsamer wie der ärgste Kriegszenzor andere, weitergehende Meinungen bekämpften und diese Ansichten auch den Berliner Stellen einimpften. In Berlin und Breslau artete es zu einem wahren Sport aus, Oberschlesier für alle möglichen Stellen und Posten zu finden. Ein Oberpräsident wurde ernannt, die Beamten mußten Oberschlesier sein, die Richter und Lehrer ebenfalls. Das läßt sich noch rechtfertigen und war zum Teil nötig. Aber das auch der Propagandaleiter, seine wesentlichen Mitarbeiter, die nach dem Ausland geschickten Unterhändler, die deutsche Vertretung in Oppeln und — last not least — die Sachverständigen für die Abstimmungspolitik der Reichs- und Staatsregierung lediglich nach dem Gesichtspunkt ausgewählt wurden, ob Oberschlesier oder nicht, war einer der deutschen Fehler, aus einem Extrem ins andere zu fallen. Denn es standen wahrhaftig andere Interessen auf dem Spiele, als sie die Enge obereschlesischer Empfindungen zu umfassen versuchte.

Die Freistaatbewegung.

Die obereschlesiſche Freistaatbewegung war die unmittelbare Frucht des deutschen Zusammenbruches im November 1918. Der zukünftige Chronist wird ihre Entstehung vielleicht mehr begreiflich finden, als es dem unter dem niederdrückenden Einfluß des obereschlesiſchen Verlustes stehenden Geschlecht von heute möglich ist: Im Deutschen Reiche wurde vielfach das Unterste zu oberst gekehrt; Absonderungs- und Losreisungsbestrebungen erhoben aller Orten ihr Haupt, der Zustand des Bismarckschen Erbes schien aufs äußerste gefährdet. Dazu standen am Rhein und rings um Schlesiens Grenze waffenstarrende Feinde, jeden Augenblick zum Einmarsch bereit. Auch in Oberschlesien selbst drohten anarchistische Zustände einzureißen, die bei ihrem Fortbestand eine polnisch-tschechische Intervention möglich erscheinen ließen. Dies wäre naturgemäß gleichbedeutend mit dem Verlust ganz Oberschlesiens für das Deutschtum gewesen und damit für die deutsche Kultur und die deutsche Wirtschaft. Diese Gedankengänge waren es in der Hauptsache, die weiterblickende obereschlesiſche Wirtschaftler zu dem Entschluß bewogen, der Aufrichtung eines neutralen Freistaates Oberschlesien außerhalb der deutschen Reichsgrenzen nahe zu treten.

Die Väter der obereschlesiſchen Freistaatidee fanden zunächst einen völlig unvorbereiteten Boden vor. Die deutsche Bevölkerung — auf ihre Gewinnung kam es allein an; denn sie verkörperte die geistige und wirtschaftliche Führung des Landes — war fest im preußischen und deutschen Vaterlande verankert, Separationsgedanken, wie sie im Rheinlande in einer — wenn auch kleinen — Oberschicht niemals ganz erstorben waren, kannten die deutschen Kreise Oberschlesiens nicht. Die Durchsetzung eines Volkes mit die staatlichen Grundlagen ändernden Ideen bedarf viel Zeit. Die stand aber unter den obwaltenden Verhältnissen nicht zur Verfügung, im Gegenteil: es galt rasch zu handeln. Politisch und staatsmännisch war es daher richtig, daß die Schöpfer des Freistaatgedankens sich zuerst nach Warschau, Prag und Paris wandten, um dort zu sondieren. Staatsrechtlich bedeutete ihr Entschluß — worauf zum Beispiel der damalige Volksbeauftragte Dr. Landsberg, übrigens selbst ein Oberschlesier, mit vollem Recht hinwies — zum mindesten versuchten Landesverrat. Auch ließ es jede Dankbarkeit und Anhänglichkeit gegenüber dem gemeinsamen deutschen Vaterlande vermissen. Doch in der Politik entscheiden niemals ethische und moralische Erwägungen, sondern allein das Gebot der Zweckmäßigkeit und des möglichen Erfolges. Diese wiesen jedoch die Freistaatanhänger auf den beschrittenen Weg.

Die Freistaatler fanden im gegnerischen Auslande gewisse Ermütigung zum mindesten keine strikte Ablehnung. Darauf gestützt, begannen sie ihre „Inlandsarbeit“ unter der sehr geschickt gewählten Devise: „Oberschlesien den Oberschlesiern!“ Diese offenbarte bereits in den ersten Monaten ihre ungewöhnliche Zugkraft.

so daß sie — diese Zwangslage muß anerkannt werden — auch von der deutschen Propaganda bis zu einem gewissen Grade übernommen werden mußte, um den unheilvollen Einfluß dieser Parole zu parieren und „umzubiegen“. Die Vorwürfe, die in dieser Sache heute erhoben werden, richten sich insolgedessen auch nicht gegen das Prinzip an sich, sondern nur gegen seine Ueberspannung. Denn es ist — immer wieder muß dies betont werden! — unbegründet, von der „eigenartigen obererschlesischen Psyche“ zu sprechen, „die nur der geborene Oberschlesier beurteilen könne“. Der Oberschlesier empfand zu allen Zeiten vollständig normal deutsch und der polnisch sprechende Volksteil war gewohnt, sich entweder unter die deutsche Autorität zu beugen oder nach Polen zu neigen. Die „obererschlesische Psyche“ ist in der Hauptsache eine Erfindung derjenigen Kreise, die von ihrer Arbeit — und damit von ihren Interessen — bewußt jeden fremden Einfluß fernhalten wollten. In diesen Gedankengang fällt auch die Regelung des obererschlesischen Problems als weltpolitische Frage. Wenn heute diese Kreise, nachdem ihre Politik so entsetzlich Schiffbruch gelitten hat, daß das ganze deutsche Vaterland daran zugrunde zu gehen droht, auch heute noch die Stirn besitzen, von allen, die mit heißem Herzen nach der Wahrheit suchen, um in künftigen Kämpfen Fehler zu vermeiden, als von Deuten sprechen, „die nicht gefragt worden sind“, so beweist das eine Ueberheblichkeit, die in Unbetracht der tatsächlichen Verhältnisse naiv wirkt. Um nichts Schlimmeres zu vermuten!

In diesen Kapiteln soll nur versucht werden, den letzten Gründen der obererschlesischen Tragödie nachzuspüren, die Alltagsvorgänge und politischen Kleinkämpfe haben darin ebenso wenig Raum wie persönliche Polemik und „Suche nach Schuldigen“. Denn durch das obererschlesische Ringen zieht sich wie ein roter Faden der heimliche Interessenkampf der Entente Staaten um die kostbare Beute. Auch in dieser Hinsicht muß festgestellt werden, daß die Freistaatler mit seltenem politischen Instinkt begabt waren und jedenfalls — abgesehen von Korsantj — am ehesten die weltpolitischen Zusammenhänge begriffen, ihre Arbeit darauf einstellten und sehr geschickt die Absichten gewisser Ententekreise für ihre Zwecke nützten. Zuerst kamen den Freistaatlern die praktischen Amerikaner mit ihrem Kohlenstaatsprojekt zu Hilfe, das aus Oberschlesien „das Belgien des Ostens“ entstehen lassen wollte. Als die überlegene englische Diplomatie mit rauher Hand diesen Traum zerstörte, um die unliebsame amerikanische Wirtschaftskonkurrenz auszuschalten, war dies für die Freistaatsbewegung ein Schlag, bis offenbar wurde — es verging bis dahin allerdings mehr als ein Jahr —, daß England selbst Förderer des Freistaatgedankens war, weil es die obererschlesischen Plätze der polnisch-französischen Hand nach Möglichkeit zu entziehen strebte. Und heute muß festgestellt werden, daß in dieser Frage das letzte Wort offenbar noch nicht gesprochen ist. Denn bei den Fortschritten, die die wirtschaftliche Internationalisierung Oberschlesiens zurzeit macht, bleibt das Ziehen entsprechender poli-

tischer Konsequenzen trotz des Friedensvertrags mit Hilfe des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ im Bereich des Möglichen. Jedenfalls weiß der geschulte Außenpolitiker, daß die englischen Mühlen langsam mahlen und die stets auf die lange Sicht eingestellte Politik des Foreign office an etappenweise Erreichung eines erstrebten Zieles gewöhnt ist. Für Deutschland und Schlessien bedeutet diese Möglichkeit eine Quelle steter Sorge. Denn ein neutraler Freistaat Oberschlessien wäre dem Reiche wohl für immer verloren!

Die Freistaatler betrieben ihre Agitation, die von dem Poslauer Rechtsanwalt Dr. Dacz und seiner Wochenschrift „Der Bund“ mit weiten Zielen ausgestattet wurde, im Inlande und Auslande mit Geschick und Erfolg. Sie fanden den Weg in die ausländische Presse und die neutrale Welt, der der deutschen Propaganda verschlossen blieb. Sie kämpften nach zwei Fronten und mit wechselnder Taktik. Sie trieben allerdings auch — und das ist das Verwerfliche — Politik mit doppeltem Boden. Deutschland gegenüber wurde versichert, — es besteht allerdings Anlaß zu der Annahme, daß von den Vätern der Freistaat-idee dieser Wunsch ehrlich gemeint war — die Freistaatbewegung bezwecke nur, Oberschlessien von dem polnischen Zugriff zu bewahren und für die deutsche Kultur und Wirtschaft zu retten. Aber allmählich geriet die Arbeit doch in ein Fahrwasser, das mindestens bewußt partikularistisch gefärbt wurde. Dies geht besser als aus einer kritischen Würdigung aus einem vertraulichen Kundschreiben der Zeitung des „Bundes der Oberschlesier“, vom 31. Juli 1920 hervor, in dem es heißt: „Die Bewegung für einen Freistaat Oberschlessien nimmt einen immer weiter werdenden Umfang an. Die englischen Autoritäten zeigen sich für unsere Bestrebungen sehr geneigt im Gegensatz zu den französischen Kommissionsmitgliedern. Es wird daher nötig sein, unseren Anhängern schon heute immer größere Aufklärung zuteil werden zu lassen, daß Oberschlessien sich voll und ganz auf eigene Füße stellen kann. Unseren Freunden ist mit ganz besonderem Nachdruck immer wieder vorzuhalten,

1. daß mit der Abstimmung ein kulturell und historisch zusammenhängendes Gebiet auseinandergerissen wird,
2. daß das obereschlessische Volk kraft seiner Richtung einen Anspruch auf einen selbständigen Staat hat,
3. daß die Steuerlast von Polen sowohl als von Preußen-Deutschland eine so gewaltige ist, daß nur ein Mittel besteht, sich davon zu befreien, indem ein Freistaat errichtet wird. Hierbei ist besonders auf die zweiundvierzigjährige Zahlungsdauer hinzuweisen.
4. Die Frage, ob ein Freistaat Oberschlessien lebensfähig ist, muß immer wieder damit abgewiesen werden, daß eher Deutschland nicht ohne Oberschlessien bestehen kann, als Oberschlessien ohne Deutschland.

5. Oberschlesien besitzt alles im höchsten Maße, Industrie, Kohlen, Erze, Holz, landwirtschaftliche Erzeugnisse, und was fehlt, erhält Oberschlesien durch den Tausch seiner Kohlen von der Entente reichlich zugestellt.

Eine ganz besondere Aufmerksamkeit ist dem Punkte zu schenken: In Warschauer Kreisen ist man davon überzeugt, daß Oberschlesien für Polen verloren ist. Es wird seine ganze Wucht der Propaganda auf die Selbständigkeit Oberschlesiens mit einem Anschluß an Polen umstellen. Bis zu einem gewissen Grade ist daher ein Zusammengehen mit Polen im Interesse unserer Sache direkt geboten. Da Frankreich die Politik Oberschlesiens in Paris macht, ist bei dem Obersten Rat der Gedanke an eine Selbständigkeit Oberschlesiens schon gefestigt. Frankreich wird nach Informationen aus dortigen Kreisen, selbst bei einer Abstimmung zugunsten Preußen-Deutschlands, nicht zulassen, daß Oberschlesien bei Deutschland bleibt und alles versuchen, um Oberschlesien als einen Teil Polens oder als einen Freistaat mit Anschluß an Polen durchzusetzen. Dementsprechend ist für die nähere Zukunft in unserer Propaganda hauptsächlich das „Los von Berlin“ zu berücksichtigen. Von dem Zeitpunkt an, wo die Idee des Freistaates durch die Entente-Kommission feststeht, ist dann ein sehr scharfer Trennungsstrich in dem Zusammengehen mit Polen zu machen.

Bei augenblicklichen Aussprachen mit Polenführern ist immer ein ganz besonderes Gewicht darauf zu legen, diese dahin zu beeinflussen, die gesamte Wucht ihrer Propaganda für einen Freistaat umzustellen. Damit wird erreicht, daß die einfache polnisch orientierte Bevölkerung mit der Ersetzung eines Oberschlesischen Freistaates vertraut wird. In diesem Sinne sind alle polnischen Bestrebungen zu unterstützen und kann befreundeten polnischen Agitatoren in ganz vorsichtiger Weise eine Beihilfe angeboten werden. Hierdurch ist die Verminderung der Kosten in weitgehendstem Maße möglich, ohne daß unsere Interessen leiden, ja diese werden dadurch noch gefördert und volkstümlich gemacht. Ein ganz besonderer Nutzen kann daraus entstehen, indem ganz vertraute Bundesfreunde, die infolge ihres Berufes einen weiten Wirkungskreis haben, mit finanziellen Mitteln unterstützt werden. Hierdurch werden die Betreffenden zu intensiver Werbearbeit veranlaßt und zu festen Stützen unserer Bestrebung gefestigt. Derartige Aufwendungen können stets in jeder Höhe angefordert werden. Ferner ist noch allen Vorständen ganz besonders zu empfehlen, im Umkreis ihres Wohnortes mehr wie bisher für die Errichtung von Ortsgruppen tätig zu sein“. Sieht dieses Rundschreiben auch die kommende Entwicklung nicht vollkommen richtig, bleibt es doch ein Dokument für die Reichsfeindlichkeit der Bewegung.

Die Freistaatbewegung fand ihre schärfste Bekämpfung durch die freie Arbeiterschaft. Sie befürchtete, daß dieses „neutrale Oberschlesien“ unter dem überragenden Einfluß kirchlicher und

industrieller Kreise stehen würde. Später flaute der Kampf gegen den „Bund der Oberschlesier“ äußerlich ab und es gab Zeiten, in denen eine Propaganda behauptete, daß jeder zweite Oberschlesier Freistaatanhänger sei! Mag dem sein, wie ihm wolle. Jedenfalls bedeutete die Freistaatbewegung eine Fessel für die deutsche Verständigung. Und es ist eine der größten Unbegreiflichkeiten, daß der Führer der Freistaatler für den deutschen Abstimmungskampf gesammelte Gelder erhalten hat! Die Geldquellen des „Bundes“ waren verschiedener Art. Es gibt in Oberschlesien Kreise, die wissen wollen, daß die Freistaatler in den letzten Phasen des Abstimmungskampfes ganz von polnischer Seite finanziert worden seien, da ihre Arbeit den deutschen Widerstand lähmt und den polnischen Sieg erleichterte. Dies ist zweifellos nur zum Teil richtig. Denn kurz vor der Abstimmung machte sich unter den Freistaatanhängern eine Spaltung bemerkbar, die den Teil, der den alten Führern nahestand, zu dem deutschen Gedanken zurückführte. Aber es war zu spät!

Deutsche und polnische Propaganda.

Man mag in der Frage, ob die obereschlesische Politik der deutschen Regierung und den deutschen Parteien zweckmäßig — oder das Gegenteil — war, je nach der parteimäßigen Einstellung geteilter Meinung sein. In der Beurteilung der Propagandamethoden und ihrer Richtigkeit ist ein Auseinandergehen der Auffassungen schwerer denkbar; denn hierbei gebührt nicht dem Politiker, sondern dem Propagandasachmann das Wort. Uns Deutschen liegt die große politische Propaganda nicht, wir verstehen es zur Not eine Wahl zu „machen“, nicht aber Völker zu beeinflussen. Das hat vor allem der Krieg gezeigt. Eine der größten politischen Erkenntnisse der Nachkriegszeit ist ohne Zweifel die Feststellung, daß der eigentliche Sieger im Weltkrieg Lord Northcliffe, der englische Propagandachef, war. Unser deutsches Kriegspressamt hat demgegenüber völlig versagt. Und warum? Weil Nichtsachleute an seiner Spitze standen, weil die berufsmäßigen Propagandisten, die besten Köpfe der Presse, fast systematisch ausgeschaltet oder in bedeutungslose Posten gebannt waren. Auch Fehler können wertvoll sein, wenn sie zum Nachdenken und Lernen Anlaß geben. Aber leider scheint in dieser Beziehung die Republik vor dem kaiserlichen Deutschland nichts voraus zu haben.

Im obereschlesischen Abstimmungskampf wurde erneut für diese bittere Wahrheit der Beweis erbracht. Nachdem im Frühjahr 1919 ein junger Assessor — mehr instinktiv als überzeugt — im Breslauer Volksrat den vernünftigen, aber vergeblichen Vorschlag gemacht hatte, an die Spitze der deutsch-obereschlesischen Propaganda einen führenden Mann der Berliner Presse zu stellen und ihm einen Stab erstklassiger Berufscollegen an die

Seite zu geben, ist niemals ein Versuch gemacht worden, die Propaganda in Hände zu legen, in die sie gehörte. Selbst im „Schlesischen Ausschuß“ und in dem Riesenbetrieb der „Heimattreuen Verbände“ waren die „Presbdezerenten“ Mitarbeiter, deren Stimme an dritter oder vierter Stelle gehört wurde. Was Wunder, daß die fähigsten Köpfe nach diesen subalternen Posten nicht begehrt. Beamte, Offiziere und allenfalls einige Abgeordnete bestimmten aus ihrem Gesichtskreis heraus Art und Tempo der Propaganda auf diesem schwierigen Gebiet der Laien. Demgegenüber standen Korfanty, der die Schule des praktischen Journalismus durchlaufen hatte, und seine schon im Kriege erprobten Helfershelfer im Ententelager, „Havas“ und „Reuter“. Ein mehr ungleiches Kräfteverhältnis ist schlechterdings nicht denkbar!

Die Propaganda zerfiel zunächst regional in die im Abstimmungsgebiet selbst zu leistende Arbeit, in die Bearbeitung des Reichs und zum mindesten der neutralen Welt. Sachlich durften ihr überhaupt keine Grenzen gesteckt werden. Vorbilder in dieser Hinsicht waren genügend vorhanden, namentlich von englischer Seite. Grundsatz jeder wirkungsvollen Propaganda muß sein: Einstellung auf Massenwirkung, Schlagkraft und Schnelligkeit sowie Neuheit der Ideen. Die deutsche Propaganda erfüllte diese Voraussetzung für jeden Erfolg leider nur selten, da sie von dem Grundgedanken geleitet wurde, in der Hauptsache nur Abwehr gegnerischer Angriffe sein zu wollen. Man wolle nicht mißverstehen: Den Weg Korfantys, der bekanntlich auch Gummiknüppel, Handgranaten und Maschinengewehre, der Totschlag und Mord als „Propagandamittel“ für den großpolnischen Gedanken nicht verschmähte, konnten und durften wir nicht gehen, ebenso bilden marktschreierischer Charakter und Uberschwemmen mit Papierfluten nicht die unerläßliche Bedingung für gute Wirkung. Aber dennoch mußten wir uns soweit als möglich der Intensität der polnischen Propaganda anpassen und ihr durch Reichhaltigkeit und Originalität den Rang abzulaufen versuchen. Das Geschäft des Propagandisten gleicht in vielen Beziehungen dem des Kaufmanns: Gute Ware verbirgt nicht allein den Erfolg, sondern das Verkaufstalent. Auch im Ringen um Oberschlesien entschied nicht — der Gang der Ereignisse hat dies gezeigt — die Gerechtigkeit unserer Sache und die Logik unserer Gründe, sondern die Art und Weise, wie wir unser Material an den Mann brachten.

Im obereschlesischen Abstimmungsgebiet konnte sich die deutsche Propaganda nach der französischen Besetzung nicht mehr ungehindert entfalten. Dies muß jeder gerechte Beurteiler in Berücksichtigung ziehen. Hemmend wirkte vor allem die persönliche Gefahr, in der durch das Unwesen der polnischen Verbrecherbanden die Kämpfer für unsere gerechte Sache ständig schwebten. Infolgedessen war von vornherein an einen durchschlagenden Erfolg trotz der aufopfernden und selbstlosen Arbeit der Heimattreuen nicht zu denken. Es bedeutet viel, daß im allgemeinen der deutsche Besitz wenigstens

gehalten werden konnte. Wenn man die Verhältniszahlen der deutschen und polnischen Stimmen bei der Wahl zur Nationalversammlung und bei der Abstimmung vom 20. März 1921 vergleicht, erhält man in den einzelnen Kreisen nahezu gleiche Ergebnisse. Immerhin vermochte der Ausfall der Gemeinderatswahlen von 1919 der Propaganda noch beachtliche Hinweise darauf zu geben, wo vor allem einzusetzen war, nämlich auf dem flachen Lande. Dort freilich versagten die üblichen Methoden, dort konnte allenfalls nur durch geschickte Auswertung wirtschaftlicher Vorteile Terrain gewonnen werden. Inwieweit hier die deutsche Propaganda fehlte, ist noch strittig. Es gibt Kritiker, die den Vorwurf erheben, daß viel zu viel Kraft und Geld in den Städten aufgewendet wurden, deren deutsche Mehrheiten außer allem Zweifel standen, daß ein Uebermaß an Abstimmungsblättern ins Leben gerufen und auf Kongressen und Tagungen deutscher Kreise viel unnützer Lärm gemacht wurde. Diesen Urteilen ist zweifellos nur sehr bedingt zuzustimmen; denn genug an Propaganda konnte überhaupt nicht getan werden, wenn auch vielleicht an „unproduktiven Ausgaben“ hätte gespart werden können. In der Korruptierungsmethode konnten wir schon aus finanziellen Gründen Konstante nicht folgen.

Aber der deutschen Propaganda wohnten andere Mängel inne, die vermieden werden konnten, wenn statt Baien mit dem Wesen propagandistischer Wechselwirkungen vertraute Fachleute am Werk gewesen wären. Die deutsche Propaganda vergaß nämlich über der obererschlesischen Arbeit die durchgreifende Erfassung des Reichs und des Auslands. Im Grunde mag dies mit der unzutreffenden politischen Einstellung zusammenhängen, daß die Abstimmung eine obererschlesische, höchstens eine innerdeutsche Frage sei, und der Auffassung, daß der Vertrag von Versailles eine Teilung Oberschlesiens nicht zulasse. Man mag über die juristische Auslegung streiten, der Propagandist mußte, wenn er seiner Aufgabe gewachsen sein wollte, unbedingt mit allen Möglichkeiten rechnen und ihnen vorbeugen. Der Schlüssel hierzu aber lag nicht in Oberschlesien. Die Schwierigkeiten sollen auch hier nicht unterschätzt werden. Die deutsche Presse kam im allgemeinen der Propaganda für Oberschlesien nur zögernd nach und die Mehrheit des deutschen Volkes interessierte sich insolgedessen überhaupt nicht für die Vorgänge in des Reiches Südostecke. Aber war dies so verwunderlich? Die deutsche Propaganda vermied es geflissentlich, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Wie ehemals in Kriegszeiten, wurde von den Pressestellen eine Zensur ausgeübt — die Depeschembureaus durften nur „genehmigte“ Meldungen verbreiten — und alle Nachrichten waren vom Schein rosenroter Harmlosigkeit umflossen. Von dem skandalösen Treiben der Franzosen, von den gewaltigen Fortschritten der polnischen Wühlarbeit durfte kein Sterbenswort verlauten. Noch Anfang März 1921 versicherte der deutsche Propagandachef den zu einer Studienreise in Breslau anwesenden Journalisten, sein Rybniker Kreis werde

mindestens 80 bis 85 Prozent deutscher Stimmen aufbringen! Ein Kommentar hierzu erübrigt sich.

Es ist natürlich, daß bei einer solchen Propaganda in der deutschen Presse, die nicht — wie die schlesische — die Dinge aus eigener Wissenschaft kannte, die Meinung aufkommen mußte, es bestעה für Oberschlesien überhaupt keine Gefahr und es sei infolgedessen zwecklos, das kostbare Papier für überflüssige Propagandaartikel zu opfern. Die wenigen Korrespondenten der großen Presse in Schlesien erlebten es ausnahmslos, daß ihre sachgemäßen Warnungen von dem offiziellen und offiziellen Communiqués Lügen gestraft und deshalb von den eigenen Redaktionen mißachtet wurden. Hierzu kam die durchaus unangemessene Behandlung und Bevormundung fremder Pressvertreter, die es ablehnten, sich aus den Honigtöpfen der halbamtlichen Pressebeeinflussung nähren zu lassen. Die Sammelarbeit der „Heimattreuen Verbände“ im Reich wurde daher nur ungenügend unterstützt, obgleich lediglich davon die Rettung Oberschlesiens abhing. Je näher der Abstimmungstag rückte, desto zerfahrener wurde die innerdeutsche Propaganda betrieben. Man wird sich erinnern, daß als stärkstes Loosmittel für die Abstimmungsberechtigten im Reich die Möglichkeit des Besuchs von Verwandten und Bekannten in der alten Heimat verwendet wurde. Diese Propagandamethode war solange richtig, als Oberschlesien als Land des Friedens geschildert wurde. Aber kurz bevor die erstenzüge rollten, durchheilten plötzlich die deutsche Presse Nachrichten von polnischen Greueln. Nun war es begreiflich, daß von den Abstimmungsberechtigten mehr als die Hälfte zu Hause blieb. Schließlich besaht man die Großmutter nicht, um dabei totgeschlagen zu werden, wo doch — wie eben die deutsche Propaganda unablässig verkündet hatte — für den Ausgang der Abstimmung überhaupt keine Gefahr bestand! Mit Recht wiesen damals Sachkenner darauf hin, wie England während des U-Bootkrieges gearbeitet hatte, wo es durch rückhaltlose, vielleicht sogar etwas zu schwarz gefärbte Schilderungen der drohenden Gefahr den nationalen Opfermut bis zum äußersten aufpeitschte. Auch die deutschen Oberschlesier im Reich wären sicher zahlreicher gekommen, wenn ihnen schon Monate vorher der ungeheure Ernst unablässig vor Augen geführt worden wäre!

Um die Auslandspropaganda war es noch übler bestellt. Hier geschah so gut wie gar nichts; außer einigen übrigens nur für eine kleine Oberschicht bestimmten Broschüren und des Besuchs einiger dänischer, holländischer und schweizer Journalisten unmittelbar vor der Abstimmung blieb das weite Feld brach liegen. Da aber war es zu spät! Denn die ausländische Presse war längst von der polnischen Nachrichtenagentur und von Havas verseucht worden, die Stimmung der Leserschaft festgelegt. Die deutschen Erklärungen wurden nicht beachtet und nicht geglaubt. Von den vielen Mitteln großzügiger Propaganda durch den internationalen Handel, deutsche Vereine, deutsche Reisende und so fort wurde kaum Gebrauch gemacht. Und als die Tragödie vorüber,

als die Abstimmung mit einem Mißerfolg endete, der das Schlimmste befürchten ließ, gab die deutsche Propaganda die Richtschnur aus, die Unteilbarkeit Oberschlesiens zu betonen! Und dies, obwohl die gegnerischen Bureau's seit Monaten das Ausland an den Gedanken gewöhnt hatten, daß der Stimmenausfall den Verlauf der Grenzlinie festlegen werde. Der Erfolg unserer Methode war: Das Ausland glaubte, wir wollten uns um den unterschriebenen Vertrag herumdrücken! Erst nach mehr als acht Tagen gelang es, die deutsche Propaganda dazu zu bewegen, unter Hinweis auf den polnischen Terror die Gültigkeit der Abstimmung in einzelnen Kreisen anzuzweifeln. Aber die Polen hatten auch davon rechtzeitig Wind bekommen. Und ehe die schwerfällige deutsche Propagandamaschine sich in Bewegung setzte, kehrte die polnische Nachrichtenagentur den Spieß um und erklärte, die Deutschen hätten beispiellose Terrorakte begangen. Natürlich traf die nachhinkende deutsche Botschaft auf ungläubiges Lächeln. — Es ist richtig: Die nachträgliche Kritik kann die Dinge nicht mehr ändern. Aber soll deshalb über alles der Mantel christlicher Liebe gebreitet werden? Es ist — wie wiederholt betont — nicht Aufgabe dieser Kapitel, Schuldige zu suchen. Nur für die Zukunft lernen wollen wir aus rückhaltlosem Eingestehen begangener Fehler. Denn die schweren Tage sind für Deutschland und Schlesien noch nicht vorüber. Und vielleicht sehr bald werden wir abermals unsere gerechte Sache vor der Welt vertreten und unsere Ideen propagieren müssen.

Der diplomatische Irrgarten.

Seit Otto von Bismarck hat kein Außenpolitiker großen Stils in der deutschen Regierung geessen. Dieses Unglück bildet eine der letzten Ursachen des Weltkrieges. Die politische Einkreisung durch Eduard den Siebenten, die zunehmende Spannung der politischen Atmosphäre hätten Männer mit weitem Blick zu Gegenzügen und zu einer Ueberprüfung, wenn nicht Aenderung unserer außenpolitischen Bindungen und Richtlinien veranlassen müssen. Während der Kampfsjahre von 1914 bis 1918 ruhte auch in Fragen der Außenpolitik die letzte Entscheidung im Großen Hauptquartier, aber in Händen politischer und diplomatischer Laien. In den Ententeländern lagen die Dinge umgekehrt. Dort blieben die Heere — selbst in den kritischen Zeiten — nur letzte Mittel zur Durchführung weltpolitischer Pläne und somit Instrumente der leitenden Staatsmänner. Die Revolution besserte die Verhältnisse in Deutschland nicht, im Gegenteil. An Stelle zunsfälliger Diplomaten, die zum mindesten doch die Personen im Gegenspiel und die verschlungenen Wege der Entente-Weltpolitik kannten, traten in der Hauptsache ausgesprochene Innenpolitiker von parteimäßiger, einseitiger Einstellung, denen die Verhältnisse fremd waren. Eheliches Wollen war aus-

nahmslos vorhanden. Aber mit dem Herzen allein läßt sich Außenpolitik nun einmal nicht mit Erfolg treiben, am allerwenigsten, wenn man sich Potenzen wie Lloyd George, Clemenceau, Briand gegenüberstellt. Es scheint jetzt allerdings, als ob die entsetzliche Not der Zeit auch bei uns bisher verborgene außenpolitische Talente ans Tageslicht förderte. Und es wäre ohne Zweifel ein bleibendes Verdienst des Reichskanzlers Dr. Birth, wenn es ihm gelänge, unbekümmert um Parteinteressen die wichtigen Männer auf die richtigen Plätze zu stellen. Wobei wohl allerdings wesentliche Voraussetzung eine starke Einschränkung der Kompetenzen des außenpolitischen Ausschusses des Reichstages wäre.

Die deutsche Ostpolitik, deren wichtigster Teil in den letzten Jahren die Politik Polen gegenüber wurde, litt besonders unter dem Mangel an Weitblick in der Berliner Wilhelmstraße. Wir wissen heute, welches Verhängnis die aus rein militärischen Interessen geborene Proklamierung der polnischen Unabhängigkeit vom 5. November 1916 heraufbeschwor. Anstatt um jeden Preis eine Verständigung mit Rußland zu suchen — die damals noch möglich gewesen wäre —, um die Hände gegen Westeuropa freizubekommen und die englische Hungerblockade zu brechen, glaubte man im Großen Hauptquartier in dem neuerstandenen Polen Kraftquellen zur glücklichen Beendigung des Krieges zu finden. Wie bereits erwähnt, ging Korfanty als Ratgeber im Warschauer Generalgouvernement aus und ein; sein Einfluß bei den Entschlüssen der deutschen Militärgewalt ist unverkennbar. Unsere damalige außenpolitische Zeitung — wenn man dieses Wort gebrauchen darf — durchschaute das Doppelspiel nicht und leistete damit den Ententeplänen Vorschub. Denn wir wissen seit langem, daß schon damals zwischen Warschau und Krakau fleißig politisches Garn mit Paris, London und Washington gesponnen wurde.

Der Zusammenbruch Deutschlands im Herbst 1918 stellte die deutsche Außenpolitik und die deutsche Diplomatie — das muß unumwunden zugestanden werden — vor Herkulesarbeiten. Vor jeder realen Macht, einem innerlich noch geschlossenen Gegner gegenüber bildete das einzige Rezept außenpolitischer Klugheit: Abwarten! Freilich war dies nicht leicht. Denn die Verhältnisse im Innern schrien förmlich nach außenpolitischen Erfolgen, die die verzweifelte Lage besserten. Damit war natürlich nicht zu rechnen. Aber anderseits galt wie noch niemals für die deutsche Diplomatie der Bismarcksche Wahlspruch: Toujours en vedette! Und hiergegen ist von allen im Kampf um Oberschlesien viel gefehlt worden. Von dem Augenblick an, da es feststand, daß die oberschlesische Frage zum weltpolitischen Problem wurde — und dies war zum mindesten erkennbar, als auf Englands Entwurf der Abstimmungsklausel nachträglich in den Friedensentwurf eingefügt wurde —, hatten die mannigfachen „Experten“, wie auch die Abgeordneten, Parteifunktionäre und andere die

politische Arbeit für Oberschlesien in die Hände der Diplomatie zu legen und sich auf eine unterstützende Tätigkeit in Oberschlesien und im Reiche zu beschränken. Freilich: Um unsere Diplomatie sah es unerfreulich genug aus. Und somit ist die an die Zustände im Großen Hauptquartier einigermaßen erinnernde ausschlaggebende Stellung der vorwiegend innerpolitisch eingestellten Kreise in dieser weltpolitischen Frage immerhin verständlich.

In Oppeln begann die Tragödie: Die Franzosen hatten De Rond entsandt, einen Diplomaten der altfranzösischen Schule, der ebensogut den Staatsfrack wie die Generalsuniform tragen konnte. Ihm stellten die Engländer überaus fähige Köpfe zur Seite. Wir wissen, daß die Wellen der Verstimmlung, die trotz der nach außen hin trefflich gewahrten Maske völligen Einvernehmens überall entstanden, bis nach Paris und London hinüberschlugen. Der heimliche aber zähe Kampf im Dunkeln um den wirtschaftlichen Einfluß in der neuen „Ententekolonie Oberschlesien“ ist ein besonders interessantes Kapitel. Aber wußten die deutschen Staatsleute, die in Oppeln saßen, aus diesem Ringen irgendwelchen Nutzen zu ziehen? Nach Oppeln gehörten besonders fähige Köpfe, aber keine bloßen Repräsentanten, die zum Teil wenigstens sich sogar der besonderen Wertschätzung der Polen erfreuten. Ein solches gegnerisches Lob ist für einen Staatsmann fast immer verhängnisvoll. Auf keinen Fall durften wir junge Räte des Auswärtigen Amtes schicken, die den bitteren Vergleich der Engländer von einem mit Droschkensperden besetzten Derby herausforderten. Jedenfalls wurde in Oppeln keine Außenpolitik getrieben, wie sie eine Gesandtschaft im fremden Lande — so war faktisch die Lage — im Interesse ihres Staates zu treiben verpflichtet ist. Von den französischen Plänen bestanden nur ungenügende Kenntnisse, meist wußte man von nichts. Und es hat Auseinandersetzungen zwischen der deutschen Vertretung und gewissen nach großzügigen Gesichtspunkten arbeitenden industriellen Kreisen gegeben. Dabei war die zu leistende Arbeit wirklich nicht über die Maßen schwer, weil die Großindustrie Hilfsstellungen zu geben in der Lage war, wie nirgends anderswo.

Es kann in einer öffentlichen Kritik im einzelnen nicht aufgezählt werden, was getan und was unterlassen werden sollte. In der Hauptsache handelte es sich um Verfolg der klaren Richtlinie, daß eine Politik der Proteste fruchtlos sei! Es mußten vor allem die Interessen der einzelnen Konkurrenten studiert, gegen einander abgewogen und dann die Deutschland am meisten förderliche Anlehnung herbeigeführt werden. Natürlich bedeutete dies nur eine Bindung von Fall zu Fall, aber ganz auf eigenen Füßen vermag die deutsche Außenpolitik noch auf Jahre hinaus nicht zu stehen. Die Wege wiesen damals — wie auch jetzt noch — nach England. Aber gerade von maßgebender Stelle wurde eine Politik empfohlen, die zu keinen Differenzen mit den Franzosen führte. Man glaubte immer noch an ihre Loyalität. Doch nicht nur in Oppeln wurde Wichtiges

verschäumt. Auch im Berliner Auswärtigen Amt — ob auf Grund unzureichender Oppelner Informationen bleibe dahingestellt — wurden verhängnisvolle politische Fehler begangen, die sich bis tief ins deutsche Volk fortpflanzten. Das war besonders der Fall, als Lloyd George die Verlegung der oberischlesischen Abstimmung für die Reichsobererschlesier ins besetzte Gebiet des Westens empfahl.

Man bedenke die Situation: Bisher hatten die Franzosen in allen diplomatischen Fragen geführt und die mannigfachen Noten an die deutsche Regierung trugen sämtlich französische Unterschriften. Auf einmal sendet die Entente eine Note, die im Interesse einer unbeeinflussten und ungefährdeten Abstimmung die Optanten nach Köln ruft, und diese Note trägt Lloyd Georges Namen. In versierten Kreisen war damals die Auffassung des englischen Premiers über Oberschlesien bekannt. Mußten diese Kreise den „Wink mit dem Zaunpfahl“ nicht verstehen? Wollte Lloyd George dadurch, daß er selbst unterschrieb und damit seine Führerschaft in der Frage bekundete, seinem Vorschlage nicht besonderen Nachdruck geben? Der Engländer wußte durch seinen Neffen besser in Oberschlesien Bescheid als die schlecht unterrichtete deutsche Öffentlichkeit. Ihm waren die Störungsabsichten der Polen und Franzosen sicher bekannt. Hindern konnte er sie nicht, das hätte einen Konflikt gegeben. Darum suchte er einen Ausweg. Und dieser Ausweg war gut! Denn in Köln wären nicht Zehntausende an der Ausübung ihres Stimmrechts verhindert worden, das Stimmenergebnis für die Landkreise Rattowitz, Tarnowitz, Pleß und Rybnik wäre anders ausgefallen. Demgegenüber mußten die technischen und gefühlsmäßigen Bedenken verstummen. Denn das Argument, daß der Reichsobererschlesier nur in seiner bedrohten Heimat selbst die ganze Kraft entfalten werde, war nicht stichhaltig. Im Gegenteil. Fast die Hälfte der Abstimmungsberechtigten fuhr auf die Lebensgefahr nicht. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sie einem Auszug nach dem Rhein noch mehr ablehnend gegenübergestanden hätten.

Die deutschen Stimmen, die in Erkenntnis der Absichten Lloyd Georges für seine Forderungen eintraten, wurden niedergeschrien, vaterlandsloser Gesinnung verdächtigt und lächerlich gemacht. Heute sind sie gerechtfertigt. Allmählich beginnt es auch in dem beschränkten Gehirn zu dämmern, daß unsere Interessen im Augenblick mit vielen englischen Interessen konform gehen. Hier und da wirft man sich förmlich England an den Hals. Damals wurde Lloyd George des Betruges verdächtigt, wurde seine Hand zurückgestoßen. Und doch lagen die Verhältnisse nicht anders denn heute: Englands Interessen verlangten einen guten Ausgang der deutschen Abstimmung. Wir selbst, unsere falsch eingestellte außenpolitische Leitung vereitelten dies. Wir nahmen damit England die Grundlage für seine antipolnische Politik in Oberschlesien. Das Land ging verloren und England, das allzeit rasch entschlossene, sichert sich seinen Einfluß auf andere Weise, indem es das Industriegebiet wirtschaftlich durchdringt. Das

Geschäft hätten wir gemeinschaftlich mit England machen können. Jetzt stehen wir draußen. Doch noch immer sind dem deutschen Volk die Augen nicht völlig aufgegangen. Politik ist die Kunst des Möglichen, das gilt vor allem für die Außenpolitik.

Nach der verlorenen Schlacht konnte die deutsche Diplomatie für Oberschlesien nicht mehr viel gewinnen. Die guten Köpfe, die nach Genf geschickt wurden, standen auf verlorenem Posten. Auch in den Beuthener Verhandlungen sind die Möglichkeiten, noch etwas retten zu können, äußerst gering. Im entscheidenden Moment hatten die zuständigen Stellen allzusehr auf die Stimme der Straße gehört. Mögen die künftigen Tage eine Regeneration bringen, möge die Erkenntnis, daß guter Wille und Durchschnittsbegabung für den schwersten Dienst im Reiche nicht reichen, Gemeingut werden. Dann ist wenigstens das obereschlesische Opfer nicht ganz umsonst gebracht worden.



Im Kampfe um Oberschlesien haben die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ in der Vertretung der deutschen Interessen mit in vorderster Reihe gestanden. Die Genfer Entscheidung des Obersten Rates, die weite Teile deutschen Gebietes von der gemeinsamen schlesischen Heimat losreißt, wird vor der Kritik späterer Zeiten nicht bestehen können. Was deutsch ist, strebt wieder zum deutschen Vaterlande hin, die deutsche Kultur bleibt das starke Bindeglied. Der deutschen — insbesondere der schlesischen — Presse erwächst die verantwortungsvolle Aufgabe, die geistige Verbindung zwischen dem Deutschtum diesseits und jenseits der neuen Grenze aufrecht zu erhalten. — Die „Breslauer Neuesten Nachrichten“, die sich stets das Heimatblatt der Schlesier nennen durften, werden in der Pflege dieser geistigen Verbindungen, im Kampfe um die unveräußerlichen Rechte des oberschlesischen Deutschtums eine ihrer vornehmsten Aufgaben erblicken. Durch sorgfältige Beobachtung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse, durch umfassende Berichterstattung einer weitgespannten Korrespondenten-Organisation, durch Artikel aus sachkundiger Feder wird die oberschlesische Frage ständig im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses gehalten werden. Endgültig verloren ist nur, was wir selbst aufgeben.



Druck:
Breslauer Neueste Nachrichten
G. m. b. H.